:antifaschistische nachrichten Nr. 5

g 3336 5.3.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

## Gefängnis für Stolz

MÜNCHEN. Das Landgericht München hat die frühere Rechtsanwältin Sylvia Stolz erneut wegen Volksverhetzung zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Zudem wurde Stolz wegen Missbrauchs von Berufsbezeichnungen schuldig gesprochen. Wann Stolz ihre Haftstrafe antreten muss, ist noch ungewiss. Stolz hatte, als sie noch als Rechtsanwältin tätig sein durfte, einschlägig bekannte Geschichtsrevisionisten vertreten.

*hma* ■

## Aschermittwoch in Taufkirchen

TAUFKIRCHEN. Auf ihrem „Politischen Aschermittwoch“ in Taufkirchen haben sich die sog. „Republikaner“ mit der österreichischen FPÖ und der Partei „Die Freiheit“ verbündet. Um sich der Islamisierung zu widersetzen, müssten sich die patriotischen Parteien verbünden und zusammenschließen, sprach der Bundesvorsitzende der „Republikaner“, Johann Gärtner. „Zusammenhalten und Kräfte vereinigen ist das Gebot der Stunde“, appellierte der Bundesvorsitzende von „Die Freiheit“ und Autor der rassistischen Internetseite „PI-News“, Michael Stürzenberger, in seinem Grußwort. Der Salzburger FPÖ-Landtagsabgeordnete Karl Schnell forderte dazu auf, die „schwarze Gesellschaft“ abzuwählen. Die sich christlich nennenden Volksparteien seien schon lange keine christlichen Parteien mehr, so Schnell. „Wir bekennen uns zu einem Europa der Vaterländer und nicht zu einem Europa, das von Amerika fremdgesteuert wird“, bekräftigte Markus Steiner, Landesobmann der „Freiheitlichen Jugend“ in Salzburg und stellvertretender Landesparteiobmann der FPÖ. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache plädierte in seiner Rede auf dieser Veranstaltung, die mit antifaschistischen Gegenprotesten konfrontiert war, für den Entzug der Staatsbürgerschaft für Dschihadisten.

**Aus dem Inhalt:**

Aufruf zum Gedenken an die Opfer der Kriegsendphase 3
Frankreich vor den Bezirksparlamentswahlen 8

# Die Rechte schickt Boarding Pässe an Juden

Anti-"Hagida" in Halle

**Von der Debatte über die Sicherheitslage von Juden in Europa wollen auch Neonazis in Deutschland profitieren. „Die Rechte“ verschickte offenbar falsche Flugtickets an jüdische Organisationen – One Way, versteht sich. Die Partei könnte die neue FAP werden.**

**Von Patrick Gensing**

Es ist eine altbekannte Masche von Neonazis, die von öffentlichen Debatten profitieren wollen – und vielleicht auch zeigen wollen, dass sie eigentlich die Experten in Sachen Hetze gegen Juden sind. Und so veröffentliche der Landesverband Sachsen der Partei Die Rechte im Internet Bilder von einem Schreiben an die „Jüdische Allgemeine”, in dem es heißt, die Juden in Deutschland sollten doch bitte nicht auf die Worte von Kanzlerin Merkel hören und in Deutschland bleiben, sondern nach Israel auswandern.

„Da wir als eine Partei der Tat bekannt sind, werden wir Sie bei der Ausreise tatkräftig unterstützen”, heißt es eindeutig zweideutig. Und damit es den erhofften Auswanderern nicht langweilig werde, sollen diese gleich von ihren „Marionetten aus den Bereichen Politik und Wirtschaft“ begleitet werden. Der Wahn der „Judenrepublik“ wird hier zumindest offen ausgelebt.

Zu dem Schreiben veröffentlichte Die Rechte Bilder von angeblichen Flugtickets – one way versteht sich. In dem „Boarding Pass“ für „Die Rechte Airlines“ sollen sich Ausreisewillige am Tor „A18“ einfinden. 18 – eine Chiffre für Adolf Hitler. Zufall? Eher nicht.

### Auferstanden aus den Trümmern der NPD

Zudem mobilisiert Die Rechte zu mehreren Aufmärschen, so am 14. März in Bautzen und am 28. März in NRW, wo Lunikoff auftreten soll und führende Parteikader sprechen sollen. Die Rechte sammelt zunehmend die Trümmer der NPD ein; Neonazis, die sich von der in vielen Regionen zerfallenden Partei und von dem neuen Vorsitzenden Frank Franz abgewendet haben. Ihre neue Heimat soll Die Rechte werden – und mit den erwähnten Parolen wird die Splitterpartei auf Kosten der aus Sicht vieler Rechtsextremer „weichgespülten“ NPD auch punkten können.

Die Rechte dürfte zudem eine andere Strategie als die NPD fahren: Größere Wahlerfolge werden die Strippenzieher

→

angesichts ihrer offen ausgelebten Radikalität wohl kaum einplanen, vielmehr soll Die Rechte für die Neonazi-Szene das sein, was die NPD viele Jahre war: Eine legale Organisation, mit der man vielleicht einige Kommunalmandate gewinnt – und die als Partei vor allem praktische Vorteile bei der Anmeldung von Demonstrationen und Konzerten bietet. Die Rechte wird somit zur neuen FAP – als Bindeglied zwischen neonazistischen Subkulturen und organisierten Rechtsextremisten.

*Quelle: Publikative.org* ■

## Druck auf DIE RECHTE mit allen Mitteln erhöhen

„Das offen neonazistische Agieren der so genannten Partei DIE RECHTE ist unerträglich. Das Innenministerium ist dringend gefordert, ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung dieser Organisation vorzulegen," so Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Dortmund, anlässlich der für morgen angekündigten Debatte über den Umgang mit der rechtsextremen Partei im Innenausschuss des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Jelpke weiter:

„DIE RECHTE muss in Nordrhein-Westfalen in jedem Fall als Nachfolgeorganisation der verbotenen Neonazi-Kameradschaften gelten. Außerhalb Nordrhein-Westfalens entfalten sie kaum politische Tätigkeiten, im Land selbst treten sie vor allem als Drahtzieher von Kundgebungen und Demonstrationen in Erscheinung, die sie früher unter anderem Namen durchgeführt haben. Daher sollte jetzt schleunigst geprüft werden, ob diese Truppe einfach als Nachfolgeorganisation verbotener Kameradschaften auf Landesebene oder nur durch ein Parteiverbot des Bundesverfassungsgerichtes auf Bundesebene zu verbieten ist.

Die Debatte um den Umgang mit den RECHTEN sollte sich aber nicht nur auf Verbotsforderungen reduzieren. Gefordert ist auch ein konsequentes Vorgehen der Polizei bei Verstößen gegen das Versammlungsrecht sowie Straf- und Gewalttaten aus dem Umfeld der Partei DIE RECHTE. Die Behörden müssen deutlich zeigen, dass von ihrer Seite keine Toleranz gegenüber Neonazis besteht."

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 25.02.2015* ■

---

*hma* ■

## LMO-Tagung in Oberhausen

Oberhausen. Die „Landsmannschaft Ostpreußen" in NRW führt am 14. März ihre diesjährige „Frühjahrs-Delegierten, Kultur- und Frauentagung" in Oberhausen durch. Neben Wahlen wird ein Vortrag des Publizisten Dr. Mario Kandil (Linnich) über Bismarck angekündigt. Kandil war früher Mitarbeiter der extrem rechten Zeitschrift „Deutsche Geschichte" und schreibt heute u.a. für die „Junge Freiheit". Sein Buch über Bismarck erschien im vergangenen Jahr im einschlägig rechten „Hohenrain-Verlag". *hma* ■

## Zoff um Kubitschek

Der Vorstand der „Patriotischen Plattform" (PP) in der AfD protestiert gegen die Entscheidung des Bundesvorstandes der Partei, die Aufnahme von Götz Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositza in die AfD zu widerrufen. Kubitschek habe sich mit der Zeitschrift „Sezession" und dem „Antaios-Verlag" um „die intellektuelle Aufrüstung des demokratischen Spektrums rechts von der CDU verdient gemacht", so die PP. Kubitschek und Kositza, Autorin und Preisträgerin der „Jungen Freiheit", seien „die natürlichen Verbündeten der AfD". Mit dieser Frage stehe die AfD „am Scheideweg", droht die PP. Die AfD werde „entweder mit Götz Kubitschek sein oder sie wird gar nicht sein!". *hma* ■

## Hagida spendet unfreiwillig an Flüchtlingsrat

Hannover. Für den 23.02. hat der hannoversche Ableger der Pegida-Bewegung eine Demonstration angekündigt. Seitdem hat sich ein breiter Widerstand aus allen Teilen der Gesellschaft formiert.

Hinter dem Protest von „Hagida" steckt Hass gegen Geflüchtete und Migrant_innen im Allgemeinen und Rassismus gegen Muslim_innen im Besonderen. Dass seit dem Jahr 1990 etwa 23 000 Menschen auf ihrer Flucht vor Krieg, Armut und Unterdrückung ertrunken sind, stellt für die Pegida-Anhänger_innen keinen Grund zum Protest dar. Statt Geflüchtete zu unterstützen, protestieren Pegida-Anhänger_innen lieber in NPD-Manier gegen eine angebliche Überfremdung und fordern die Verschärfung des ohnehin diskriminierenden Asylrechts. Sie fordern strengere Zuwanderungsgesetze, die Geflüchtete verschärft in „gut" und „böse" einteilen sollen. „Gute" Flüchtlinge sind Fachkräfte; „böse" Flüchtlinge sind in ihren Augen „Sozialschmarotzer_innen", „Wirtschaftsflüchtlinge", „radikale" Muslim_innen und allgemein Menschen, die „hier ein besseres Leben wollen".

Der Vertreter der DGB-Studis, Aram Ali, meint dazu: „Als organisierte Student_innen im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gilt unsere Solidarität allen Menschen, die vor Krieg, Armut und Unterdrückung fliehen und hier leben wollen. Wir fordern daher das Ende der Festung Europa!"

Wer hinter Hagida steckt, konnte man bei den letzten Demonstrationen sehen. Es ist eine Ansammlung von Rechtspopulist_innen von AfD, „Die Hannoveraner" und organisierten Neonazis von „German Defence League", Besseres Hannover, Identitäre Bewegung, der NPD und Pro Deutschland.

Der Vertreter der DGB-Studis meint dazu weiter: „Die Ansammlung von Hagida am Opernplatz wurde durch die Polizei hermetisch abgeriegelt und mit allen Kräften durchgesetzt. Wir wollen nun den Spieß umdrehen. Für jede Person, die an der geplanten Hagida-Demonstration am 23.02. teilnimmt, werden wir 3 Euro an den Flüchtlingsrat Niedersachsen spenden. Durch die Beteiligung an der rassistischen Hagida-Demonstration werden die Teilnehmer_innen unfreiwillig die von ihnen verhasste „Asyllobby" unterstützen." Die Spendenaktion wird von ver.di und der IG Metall unterstützt.1)

Ca. 100 Teilnehmer – noch weniger als bei der letzten Aktion am 26.01. – beteiligten sich an der Pegida-Demonstration. Dagegen protestierten 400. An dem Friedensgebet in der Marktkirche nahmen 150 Personen teilt. Entgegen der Ankündigung, nach der Kundgebung eine Demonstration durchzuführen, blieben die Demonstranten auf dem Kundgebungsplatz an der Oper. Wer zur Pegida-Demonstration wollte musste sich bei der Polizei ausweisen und wurde durchsucht. Anders als bei den bisherigen Demonstrationen waren nach Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" „weit weniger rechtsradikaler Schläger und Hooligans gekommen". Diese planten für Samstag, 28.02. einen eigenen Protest gegen eine Aktion von Salafisten in der Innenstadt. Im Internet wurde von einer Gruppierung „Action Crew Hannoi" zur Teilnahme aufgerufen, um die Aktion der Salafisten zu stören. Diese Protestaktion wurde nach Angaben der Polizei inzwischen abgesagt.

*Quelle: 1) Pressemitteilung der DGB-Studierendengruppe Hannover 20.02.2015 /bee* ■

## Nazis und Geschäftemachern das Wasser abgraben!

Dr. Sepp Dürr fordert offensiven Umgang mit „Mein Kampf". „Es wird allerhöchste Zeit, dass die CSU-Regierung endlich ein Konzept vorlegt, wie sie mit

# 70 Jahre danach

## Aufruf zum Gedenken an die Opfer der Kriegsendphase

**Treffen am 2. und 3. April im Dortmunder Rathaus und in der Gedenkstätte Steinwache**

**In Dortmund findet alljährlich in der Bittermark/Rombergpark eine Gedenkkundgebung am Mahnmal, Nähe Tatort des Karfreitagmassakers der Gestapo von 1945, statt. Der Förderverein Steinwache / Internationales Rombergparkkomitee trifft sich jedes Jahr zum Gründonnerstag / Karfreitag, um Erinnerungsarbeit zu leisten, dies auch gemeinsam mit den Hinterbliebenen aus jenen Ländern, aus denen die 300 Opfer kamen.**

**Das Treffen soll am 2. und 3. April im Dortmunder Rathaus und in der Gedenkstätte Steinwache stattfinden. Wir dokumentieren den Aufruf zu diesem Treffen:**

### 70 Jahre danach

Förderverein Gedenkstätte Steinwache
Internationales Rombergpark-Komitee

Comité International du Romberg-Park
Internationaal „Romberg-Park"-Comité
Międzynarodowy Komitet „Romberg-Park"
Международный комитет „Ромберг-парк"
Internationalni Komitet „Romberg-Park"

https://irpk.wordpress.com/

In Dortmund findet alljährlich in der Bittermark/Rombergpark eine Gedenkkundgebung am Mahnmal, Nähe Tatort des Karfreitagmassakers der Gestapo von 1945, statt. Der Förderverein Steinwache / Internationales Rombergparkkomitee trifft sich jedes Jahr zum Gründonnerstag / Karfreitag, um Erinnerungsarbeit zu leisten, dies auch gemeinsam mit den Hinterbliebenen aus jenen Ländern, aus denen die 300 Opfer kamen.

In diesem Jahr, zum 70. Jahrestag der Dortmunder Karfreitagsmorde rufen wir wieder dazu auf, sich aus allen Orten mit Kriegsendphasenverbrechen nach Dortmund ins Rathaus zu einem Erinnerungstreffen zu begeben. Mit diesem Anliegen wenden wir uns daher an die Erinnerungsarbeiter/innen all überall.

Es wird daran erinnert, was die Opfer bewegte, die eine Zeit des Friedens und der Freiheit nicht mehr erleben durften. Es ist daran zu erinnern, was sie uns für das Heute zu sagen haben, da rechte Kräfte in Europa immer stärker werden und sogar ein Krieg auf europäischem Boden droht.

**Kommen Sie am 2. und 3. April nach Dortmund.**

U.a. wird Prof. Walter Manoschek, Wien, in der Gedenkstätte Steinwache einen Vortrag halten.

Wer sich für unser Treffen interessiert, wende sich an den Vorsitzenden des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache, Ernst Söder.

**Zur Vorgeschichte**

Das Reichssicherheitshauptamt am 24. Januar 1945 – An die Leiter der Staatspolizei(leit)stellen – Geheime Reichssache – persönlich.

„Die gegenwärtige Gesamtlage wird Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen. Größte Aufmerksamkeit ist daher geboten. Dass der Feind Vorbereitungen getroffen hat, geht aus einer Meldung des O.B.-West (Oberbefehlshaber der Wehrmacht-West) hervor. Es ist in allen sich zeigenden Fällen sofort und brutal zuzuschlagen. Die Betreffenden sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA Sonderbehandlung zu beantragen. Die Leiter der Kriminalpolizeistellen sind persönlich von Ihnen entsprechend zu informieren."

Mordbefehle wie dieser erreichten die Gestapostellen im gesamten Deutschen Reich im Januar 1945. Solche Befehle führten zum Massenmord an unzähligen Gefangenen, an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und an wiederum inhaftierten politischen Widerständlern.

Der Dortmunder Polizeihistoriker Alexander Primavesi schrieb später über diese Befehle und ihre Wirkungen (in den „Ruhrnachrichten" vom 31. März 1994): „Hochmotiviert durch das Schreiben brachten die Gestapo-Beamten in den Wochen vor Ostern immer mehr Menschen in die Zellen der Steinwache und des Gestapo-Kellers in der Benninghofer Straße. Zwangsarbeiter aus dem gesamten Bereich des Regierungsbezirkes Arnsberg,Holländer, Belgier, Franzosen, Polen, Jugoslawen und Russen, verschleppten die Gestapo-Beamten in ein Lager im Bereich der Hütten-Union in Dortmund-Hörde. Von jeder Verantwortung gegenüber einer höheren Stelle entbunden, folterten die Beamten hemmungslos, um weitere 'umstürzlerische Elemente' aufzuspüren. Primavesi: „Es war der wahnwitzige Vorsatz, niemanden aus den Reihen der politischen Gegner am Leben zu lassen, damit sie nach dem Zusammenbruch nicht führende Positionen besetzen konnten, der die Gestapo zu dieser letzten Abrechnung bewegte."

So wie im Ruhrkessel kam es zu unzähligen Verbrechen der Kriegsendphase in ganz Deutschland und Österreich. Oftmals waren es nicht nur von der Gestapo ausgeführte Massaker, sondern auch Mordaktionen, an denen sich einfache NSDAP-Pgs, Hitlerjungen und Volkssturmmänner beteiligten. Eine weitere abschließende Phase der Massenverbrechen begann, die sich bis zur Befreiung am 8. Mai 1945 hinzog. Die Opferzahlen dieser Massenhinrichtungen, Menschenjagden, Todesmärsche und Deserteurserschießungen gehen in die Hunderttausende; bis zu 700 000 werden geschätzt. Diese letzten vier Monate des Kriegs sind wenig erforscht.

Allerdings haben sich in vielen Orten Geschichtsinitiativen gebildet, um die Verbrechen aufzuklären, deren Urheber zumeist nicht bestraft wurden.

---

dem Nachdruck von NS-Schriften umgehen will", fordert unser kulturpolitischer Sprecher angesichts der Tatsache, dass das Institut für Zeitgeschichte seine kommentierte Ausgabe von Hitlers ‚Mein Kampf' trotz Kritik von Ministerpräsident Seehofer im Januar 2016 herausbringen will. „Seit Jahren fordern wir eine Aufklärungs- statt Verbotspolitik." Deshalb habe der Landtag auf grünen Antrag hin beschlossen, die kommentierte Ausgabe zu unterstützen . „Aber bis heute wurde nichts, aber auch rein gar nichts umgesetzt." Die CSU-Regierung wolle sich nicht damit auseinandersetzen und lasse das Ganze sehenden Auges gegen die Wand laufen. Das zeige auch eine aktuelle grüne Anfrage . Die Regierung Seehofer tue immer noch so, als könne sie Nachdrucke von Nazi-Schriften einfach verbieten. Dabei sei sie mit dieser Linie bereits mehrfach krachend gescheitert. „Nur noch heuer hat der Freistaat mögliche Veröffentlichungen selber in der Hand. Das bisschen Zeit, das bis zum Auslaufen des Urheberrechts bleibt, müssen wir nutzen, um Neonazis und Geschäftemachern das Wasser abzugraben", so Sepp Dürr. „Das geht nur mit einer offenen, entmystifizierenden Publikationspolitik."

*www.gruene-fraktion-bayern.de / Lokalberichte München* ■

# Lügen und Enthüllungen: Der NSU-Ausschuss in Hessen hat seine Arbeit aufgenommen

Er hat schon wieder gelogen. Volker Bouffier, hessischer Ministerpräsident, stand am letzten Dienstag mit hochrotem Kopf vor den Kameras, um neue Enthüllungen in der „Welt“ zu seiner Rolle im NSU-Skandal zu kommentieren. Dort war der Ablauf der Ereignisse um den Mord in Kassel an Halit Yozgat rekonstruiert worden, wobei Abhörprotokolle, die erst jetzt ausgewertet werden konnten, eine wichtige Rolle spielen. Demnach gibt es nun den dringenden Verdacht, dass der Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas T., der zur Tatzeit am Tatort war, Täterwissen hatte. Bouffier wird vorgeworfen, die Ermittlungen gegen Andreas T. behindert zu haben, indem er (damals Innenminister) verhinderte, dass die von Andreas T. geführten V-Leute polizeilich vernommen wurden. Außerdem werfen ihm die Nebenklageanwälte vor, er habe bereits wenige Wochen nach der Tat vom Tatverdacht gegen T. gewusst. Monate später hat er im Innenausschuss des Landtages behauptet, er habe von den Vorwürfen erst soeben „aus der Zeitung erfahren“. Damit hatte er damals das Parlament belogen. Am Dienstag behauptete er nie gesagt zu haben, er habe die Sache „erst aus der Zeitung erfahren“, womit er erneut gelogen hat, wie sich im Protokoll der Innenausschusssitzung nachvollziehen lässt.

Gedenkplatte für die NSU-Opfer am Halitplatz in Kassel, der dem dortigen Opfer Halit Yozgat gewidmet wurde Foto: Burschel

Warum lügt ein Ministerpräsident für einen Verfassungsschutzmitarbeiter und behindert die Ermittlungen in einer Mordserie? Die Antwort auf diese und andere Fragen soll in Hessen der NSU-Untersuchungsausschuss klären. Es hat drei Jahre gedauert, bis dieser eingesetzt wurde. Die Regierungsparteien CDU und Grüne wollten ebenso wie die FDP den Untersuchungsausschuss nicht und haben bisher durch formaljuristische Debatten den Ausschuss verzögert. Seit den neuen Veröffentlichungen beteuern alle Fraktionen ihr Aufklärungsinteresse. Es ist zu hoffen, dass dies nicht nur Lippenbekenntnisse sind, sodass nun endlich mit der eigentlichen Aufklärungsarbeit begonnen werden kann. Erste Akten sind da und die ersten öffentlichen Sitzungen haben stattgefunden.

Neben der Rolle von Bouffier gilt es natürlich vor allem die Rolle der Geheimdienste aufzuklären. Was machte ein Verfassungsschutzmitarbeiter am Tatort? Woher wusste er kurz nach dem Mord, dass die verwendete Tatwaffe in einer bundesweiten Mordserie eine Rolle spielte? Wusste er von dem geplanten Mord? War der von ihm geführte V-Mann aus dem rechtsradikalen Bereich in den Mord verwickelt? Wie steht es um den Verfassungsschutzmitarbeiter selber, der zumindest in seiner Jugend als rechtsradikal galt? Hätte der Mord oder gar die Serie gestoppt werden können, wenn die Verantwortlichen anders gehandelt hätten? Auch die Rolle der (hessischen) Neonazi-Szene und ihre Vernetzung muss beleuchtet werden.

Der Ausschuss hat also viel Arbeit vor sich. Das ist er den Opfern schuldig.

***Milena Hildebrand*** *ist Referentin für den NSU-Untersuchungsausschuss der Fraktion Die Linke. im Hessischen Landtag*

*http://antifra.blog.rosalux.de, 1. März 2015* ■

# Hessische Zeugen haben NSU-Ausschuss belogen

**„Das hessische Innenministerium hat den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zum NSU im Bundestag und in Thüringen entscheidende Beweismaterialien vorenthalten“, kritisieren Petra Pau (ehemalige Linksfraktions-Obfrau im NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss) sowie Katharina König und Martina Renner (ehemalige Obfrauen im NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag).**

„Die Beweisanträge, die die Nebenklagevertreter der Familie des am 6. April 2006 in Kassel vom NSU ermordeten Halit Yozgat auf der Grundlage von Tonbandmitschnitten von Gesprächen zwischen dem Geheimschutzbeauftragten des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz und Andreas T., einem V-Mann-Führer des hessischen Verfassungsschutzes, der sich zum Tatzeitpunkt im Internetcafe von Halit Yozgat aufgehalten hatte, am vergangenen Freitag vor dem OLG München gestellt haben, machen deutlich, dass das LfV Hessen und das hessische Innenministerium die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden in weit größerem Umfang behindert haben, als bislang bekannt.“

Petra Pau: „Angesichts der nun vorliegenden Abschriften der Telefonüberwachungsmaßnahmen bei Andreas T. muss davon ausgegangen werden, dass uns mindestens drei Zeugen im Bundestagsuntersuchungsausschuss belogen haben – der jetzige hessische Ministerpräsident Bouffier, der ehemalige hessische Verfassungsschutzpräsident Lutz Irrgang und Andreas T..“ Sie warf dem hessischen Innenministerium zudem vor, dass es Informationen über enge Verbindungen zwischen Neonazis aus Hessen und dem Thüringer Unterstützerumfeld des mutmaßlichen NSU-Kerntrios dem Bundestagsuntersuchungsausschuss nicht zur Verfügung gestellt hatte.

Katharina König ergänzt: „Wir wissen, dass es eine enge Verbindung zwischen der hessischen und der thüringischen Neonaziszene beispielsweise der beiden Blood&Honour Sektionen gegeben hat“, sagt Katharina König. „Wir gehen davon aus, dass auch der von Andreas T. geführte V-Mann Benjamin G. Kontakte zu Thüringer Neonazis hatte.“

Die drei Parlamentarierinnen kritisieren zudem „die mangelnde Sorgfalt von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt“ im Mordfall Halit Yozgat: „Spätestens

→

# 3. Jahrestag des Mordes an Burak Bektaş in Berlin-Neukölln

MÜNCHEN/BERLIN. Mord an Burak Bektaş könnte NSU-Nachahmungstat sein. Nebenklageanwälte fordern Konsequenzen aus den Ermittlungsfehlern zum NSU und gezielte Ermittlungen in Richtung eines rassistischen Mordes.

Am 5. April jährt sich zum dritten Mal der Mord an Burak Bektaş und der versuchte Mord an vier weiteren migrantischen Jugendlichen in Berlin-Neukölln. Bereits am 5. März richtet sich Melek Bektas, die Mutter des Ermordeten, mit einer Pressekonferenz am Rande des NSU-Prozesses an die Öffentlichkeit. Melek Bektas, ihr Anwalt Mehmet Daimagüler, der zugleich Angehörige von Ermordeten im NSU-Prozess vertritt, und die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak fordern gezielte Ermittlungen in Richtung einer NSU-Nachahmungstat.

„Als hätte es die Mord-Serie des NSU nie gegeben, werden Parallelen ignoriert. Wie bei den NSU-Morden fehlt der Polizei auch hier ein erkennbares Motiv, obwohl die überlebenden Jugendlichen berichteten, der Mord erinnere sie an eine gezielte Hinrichtung", so die Initiative.

Ein halbes Jahr nach dem Auffliegen des NSU wurde Burak Bektas in Berlin-Neukölln von einem unbekannten Täter erschossen. Zwei weitere Jugendliche wurden durch weitere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Der – nach Zeugenaussagen – weiße Täter konnte mit Waffen umgehen und führte den Mordanschlag wortlos und kaltblütig aus. Den Ermittlungsbehörden fehlt jedes Motiv, wir dagegen sehen deutliche Parallelen zu den Morden des NSU.

Auch der Mordanschlag auf die Jugendlichen in Neukölln könnte dem Vorgehen nach den Beschreibungen von Anschlägen aus neonazistischen Terrorkonzepten wie den „Turner Tagebüchern", „Eine Bewegung in Waffen" oder dem „White Resistance Manual" aus dem „Blood and Honour"-Netzwerk entsprechen. Darin wird ein bewaffneter „Rassenkrieg" propagiert, für den neben dem Konzept neonazistischer Kleinstzellen auch die Option des Einzelkämpfers genannt wird. Hierbei handelt es sich um ein einziges, hoch motiviertes Individuum, das alleine Aktionen durchführen kann. Diese „Ein-Personen-Zelle" sei undurchdringlich für die Strafverfolgung. Es gelte die „Propaganda der Tat", die ausgeführten Mordanschläge sollen ohne Bekennerschreiben für sich selbst sprechen. Dass die Erschießung Burak Bektas in der Neonazi-Szene begrüßt und als möglicher rassistischer Mordanschlag gelesen und verstanden wird, belegt etwa die im Internet veröffentlichte Sympathiebekundung einer jungen Frau, die sich auf ihrem Facebook-Profil zum „Nationalen Sozialismus" bekennt, mit den Protagonisten der Neuköllner Neonazi-Szene gut bekannt und befreundet ist und zum Mordzeitpunkt direkt neben dem Tatort gewohnt hatte.

Darüberhinaus verdeutlichen über 220 polizeilich registrierte Straftaten mit positiver NSU-Bezugnahme, dass Nachahmungstaten in der Neonazi-Szene propagiert werden und als mögliches Motiv in Betracht kommen.

Drei Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU hat die Polizei ihre Arbeitsweise nicht wesentlich verändert. Auch bei den polizeilichen Ermittlungen sehen wir Parallelen zwischen jenen im Zuge der Morde des NSU und denjenigen zur Ermordung Burak Bektas. Laut Anwalt Mehmet Daimagüler gerieten beim Mord an Burak nicht zuerst – und nach den Morden des NSU wäre das sehr naheliegend gewesen – Neonazis ins Visier der Ermittler, sondern ein völlig unbeteiligter Mensch mit türkischem Namen. Die Ermittlungsakte trägt bis heute seinen Namen.

Ermittlungsschritte dagegen in Richtung eines rassistischen Mordanschlags bzw. einer NSU-Nachahmungstat erfolgten unserer Informationslage nach bestenfalls halbherzig.

Deshalb erklären sich NSU-Nebenklageanwälte im Vorfeld des dritten Jahrestages des Mordes an Burak Bektas solidarisch mit dessen Familie, den Angehörigen und Freunden und fordern Konsequenzen aus den Ermittlungen gegen den NSU.

„Die Berliner Polizei ist entweder nicht in der Lage, diese Tat aufzuklären oder sie ist nicht willens, Konsequenzen aus den Erkenntnissen zu den Ermittlungen zum NSU zu ziehen. Das werden wir nicht hinnehmen!" so die Initiative.

Deshalb werden wir gemeinsam mit der Familie und Anwalt Mehmet Daimagüler nach München fahren, um die Zusammenhänge zwischen dem Mord an Burak und den NSU-Morden zu verdeutlichen. Wir halten eine Mahnwache vor dem Oberlandesgericht ab, präsentieren dort in einer Ausstellung unsere Arbeit und wenden uns in einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Auch am Jahrestag des Mordes werden Familie und Angehörige, Freunde und Unterstützer wieder gemeinsam in Berlin-Neukölln auf die Straße gehen, um mit Nachdruck das Schweigen um den Mord an Burak Bektas zu brechen und rückhaltlose Aufklärung zu fordern:

„Zum dritten Jahrestag des Mordanschlags auf Burak Bektas am 5. April rufen wir dazu auf, sich am Tatort zu versammeln und gemeinsam unserer Trauer und Wut Ausdruck zu verleihen!" so die Initiative.

**MAHNWACHE** zum Gedenken an Burak Bektas vor dem OLG München
Donnerstag, 5. März 2015, 8.30-14 Uhr
**weitere Termine** in Berlin zum dritten Jahrestag des Mordes an Burak:
**5. April 2015** um 14 Uhr: Versammlung am Tatort
**17. April** 2015: Veranstaltung „Bilanz ziehen – Drei Jahre nach dem Mord an Burak Bektas"
aktuelle Infos und ausführliche Hintergründe:
*http://burak.blogsport.de – http://facebook.de/burak.unvergessen* ■

Graffitis in Neukölln
http://burak.blogsport.de/

nach dem 4.11.2011 – der Selbstenttarnung des NSU – hätten der Generalbundesanwalt und das BKA eine gründliche Auswertung der gesamten Kommunikationsüberwachung von Andreas T. vornehmen müssen," sagt Martina Renner. Der Generalbundesanwalt und das BKA müssten jetzt der Öffentlichkeit erklären, warum sie diesen naheliegenden Schritt nicht unternommen hätten und das Versäumte schleunigst nachholen.

„Wir haben große Sorge, dass die Regierungsfraktionen im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss eine umfassende Aufklärung zur Rolle des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz im NSU-Komplex gemeinsam mit der hessischen Landesregierung blockieren", warnen die drei Parlamentarierinnen. „Damit tritt die schwarz-grüne Landesregierung das Aufklärungsversprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Füßen."

*PM Petra Pau und Katharina König* ■

# Eine Streitschrift zur Antifa

Im Buch „„Antifa heißt Luftangriff!‘ Regression einer revolutionären Bewegung“ gehen Autoren hart ins Gericht mit der antifaschistischen Bewegung. Eine „radikal linke Bewegung [tendiert] zum Rückzug in die machtgestützte Innerlichkeit des Bürgertums“, so Herausgeberin Susann Witt-Stahl. Wie es dazu kommen konnte und wie es dem Neoliberalismus gelungen sei „den revolutionären Antifaschismus zu neutralisieren“ soll in acht Beiträgen geklärt werden. Der Band ist eine Streitschrift, „mit denen die Autoren politisch Standpunkte beziehen“. Anliegen der Herausgeber Susann Witt-Stahl und Michael Sommer ist eine „grundlegende Kritik an der hegemonialen Theorie und Praxis des Antifaschismus in Deutschland zu formulieren und eine überfällige Debatte anzustoßen“.

Zunächst irritiert der „Luftangriff“-Titel. Er bezieht sich auf eine Parole der sogenannten antideutschen Strömung innerhalb der deutschen Linken. Es ist zwar schon eine Weile her, doch antifaschistische Gruppen bezogen sich positiv auf alliierte Bombardements auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkriegs, zumeist im Zusammenhang auf Neonazimobilisierungen wie etwa in Dresden, oder auch auf Kriegseinsätze der israelischen Armee gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Während der zweiten Intifada zu Beginn der 2000er Jahre wurde auf Antifa-Demos gerufen: „Straßenkampf in Ramallah, die Panzer sind die Antifa“. Teilweise schlug dies um in rassistische Äußerungen, Islamophobie und die Unterstützung für Kriege in Afghanistan oder den Irak.

Die antideutschen Irrwege der Bewegung können als weitgehend abgehakt bezeichnet werden. Viele Gruppierungen und Zirkel dieser Strömung haben sich aufgelöst und Zeitschriften wie Bahamas oder Jungle World ihre stiftende Wirkung längst verloren. Susann Witt-Stahl fehlt jedoch eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der Antifa und eine Reflexion „mit dem sich beschleunigenden Neoliberalismusprozess des organisierten Antifaschismus und seiner zunehmenden Staatshörigkeit“. So habe der Kongress „Antifa in der Krise“ im letzten Sommer eine „kritisch-analytische Aufarbeitung von Fehlentwicklungen“ ausgeklammert und sich nicht „in Opposition zur deutschen und NATO-Außenpolitik“ gestellt. Kein einziger Programmpunkt des Kongresses sei dem „vom Westen unterstützten Vormarsch der militanten Ultranationalisten und Faschisten in der Ukraine gewidmet“ gewesen. Ebenso wurde beim Kongress ein anderes strittiges Thema ausgeklammert: Die Überführung eines Teils der Bewegung in die sogenannte Staatsantifa – in Stiftungen, Beratungseinrichtungen, NGOs etc. –, für die qualifiziertes Personal benötigt wurde. Auf dieses Phänomen geht Wolf Wetzel ein. Er weist darauf hin, dass ausgerechnet im Jahr 2000, als der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) den „Aufstand der Anständigen“ ausrief und millionenschwere Programme der Anti-Rechts-Arbeit aufgelegt wurden, das NSU-Netzwerk ihre Mordserie begann. Wetzel kritisiert auch die Gleichsetzung von radikalem Islamismus mit Faschismus. Antifagruppen hätten so neue Bündnispartner bei den westlichen Alliierten gefunden und sich so quasi in eine auferstandenen Anti-Hitler-Koalition und in die Zeit vor 1933 katapultiert. Wenn der Faschismus die Welt bedrohe, müssten ihn „Antifaschisten und Kommunisten zusammen mit den westlichen imperialistischen Mächten jetzt (noch einmal) besiegen“, so die Annahme einiger Antifagruppen.

Lesenswert ist das Gespräch zwischen Herausgeberin Witt-Stahl und dem 1949 in Tel Aviv geborenen Soziologen und Historiker Moshe Zuckermann. Dem Anspruch eine Streitschrift zu sein, wird das Buch allemal gerecht. Aktive der Bewegung werden Meinungen, Argumente und Positionen lesen, die sie nicht unbedingt hören möchten. Vielleicht wird die Antifa-Bewegung von den Autoren doch auf Fragen gestoßen, die gestellt werden

*Susann Witt-Stahl / Michael Sommer (Hrsg.): „Antifa heißt Luftangriffe“ Regression eine revolutionären Bewegung, 214 Seiten, 21 Euro, Hamburg 2014.*

*Florian Osuch* ■

## NPD-nahe Wähler*inneninitiative meldet rassistischen Aufmarsch für den 7. März an

### linke und bürgerliche Parteien organisieren Gegenkundgebung

Um nicht sofort als Rechtsextreme erkannt zu werden, versucht die NPD verstärkt in Form von sogenannten Bürger*inneninitiativen aufzutreten. Besonders seit der Debatte um ein neues Verbotsverfahren gewinnt diese Verschleierungstaktik an Bedeutung, wären diese vermeintlich unabhängigen Bürger*inneninitiativen doch von einem Parteienverbot nicht betroffen. Eine dieser Tarnorganisationen ist die „Alternative für Torgelow“ (AfT).

Gemeinsam mit der rassistischen Initiative „Schöner und sicherer wohnen“ will die AfT am 7. März gegen „Asylbetrüger, Straftäter und Hassprediger“ durch Torgelow marschieren. Auf einem entsprechendem Flyer ist zudem die Facebook Seite des ebenfalls NPD-nahen „Uecker-Randow Boten“ angegeben. Verantwortlich im Sinne des Presserechts für den „Boten“ zeichnete in der letzten Ausgabe Marko Müller, der Bruder des NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller.

Während Patrick Dahlemann von der SPD die Torgelower Rassist*innen hauptsächlich als „rufschädigend“ – also als ein Image Problem – für die Stadt betrachtet, findet die Stadtpräsidentin Torgelows, Marlies Peeger (DIE LINKE.), gegenüber dem Nordkurier deutlichere Worte: „Das ständige Beteuern […] die AfT hätten mit den Nazis nichts zu tun, war von Anfang an nur halbherzig. Jetzt haben ihn seine Kumpels dazu gezwungen, Farbe zu bekennen. Und diese Farbe ist braun.“

Erst vor wenigen Tagen entfernte die Polizei in Torgelow mehrere Laken und Aufsteller mit rassistischen Parolen. Eines der Laken hing in direkter Nähe zum Flüchtlingsheim in Torgelow-Drögeheide. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen.

Die Nazis wollen 13 Uhr 30 vom Bahnhof Torgelow losmarschieren. Genaue Informationen zu den anstehenden Protesten gegen den rassistischen Aufmarsch gibt es demnächst bei uns und bei Ueckermünde Nazifrei.

*Marko Neumann* ■

## RechtsRock-Konzert im Haus der „Road Crew“ in Lage

LAGE (KREIS LIPPE) – Am Samstag, den 14. Februar fand in Lage (Kreis Lippe) ein von der extrem Rechten „Road Crew OWL“ organisiertes Konzert mit rund 50 Besuchern statt. Die Veranstaltung, eine „private Party mit Live-Musik“ und 80 Gästen, ist im Vorfeld durch

# TRANSNATIONALE AKTIONEN GEGEN DIE EZB-ERÖFFNUNGSFEIER

BLOCKUPY +++ 18. MÄRZ +++ FRANKFURT / M

**OUR TIME TO ACT HAS COME! ES GIBT NICHTS ZU FEIERN AM KRISENREGIME. SOLIDARITÄT MIT DEN MENSCHEN IN GRIECHENLAND – GEGEN DIE ERPRESSUNGSPOLITIK DER EZB**

Für Millionen Menschen überall in Europa – auch für uns – bedeutet dies eine Hoffnung und eine Ermutigung zum Widerstand. Wenn heute in den deutschen Medien wieder ungeniert die rassistischen Stereotype der faulen, undankbaren und unverschämten Griech_innen verbreitet werden, widersprechen wir dem entschieden. Es gibt keinen Interessenkonflikt zwischen den Menschen in Deutschland und in Griechenland, sondern in allen Ländern den Kampf zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Deklassierten, zwischen oben und unten. Denn die Zwänge der Sparpolitik werden überall nach unten durchgereicht. Dies zeigt sich bei den Spanier_innen, die aus ihren Woh- nungen zwangsgeräumt werden, bei den Jugendlichen, die in Italien in prekäre Job und unbezahlte Praktika gedrängt werden, ebenso wie hierzulande bei der Verdrängung durch explodierende Mieten, der Schließung von Bibliotheken und Schwimmbädern in den Kommunen oder der Entrechtung von Beschäftigten bei amazon oder DHL. … Die Mächtigen in Europa und insbesondere in Deutschland fürchten den „Dominoeffekt“: Dass nach Griechenland auch in Spanien die alten Parteien abgewählt werden könnten und dass das Programm, die Wettbewerbsfähigkeit durch Sozialabbau durch Sozialabbau zu steigern, in ganz Europa zu Ende sein könnte. Deswegen reagieren sie mit Drohungen und Erpressungen auf die Ankündigung der neuen griechischen Regierung, den Ausverkauf öffentlichen Eigentums zu stoppen, die Wiederherstellung der öffentlichen Gesundheitsversorgung vor den Schuldendienst zu stellen und nicht länger Anordnungen von den Beamten der Troika entgegenzunehmen. Offen verlangen sie von der griechischen Regierung den Bruch ihrer Wahlversprechen. …

Die wichtigste Agentur dieser Erpressungspolitik ist die Europäische Zentralbank. Mit ihrer Entscheidung, schon ab dem 11.2. griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten für die Refinanzierung der griechischen Banken zu akzeptieren, will sie die Fortsetzung der Sparpolitik erzwingen. Die EZB greift damit – als nicht gewählte, demokratisch nicht legitimierte Institution – auf der Seite Merkels und Schäubles direkt in die griechische und europäische Politik ein.

Blockupy bekräftigt daher seinen Aufruf zu massenhaften Aktionen gegen die Eröffnungsfeierlichkeiten des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main am 18. März 2015. Für den 185 Meter hohen Turm, der mit seinem Sicherheitszaun und Burggraben einer Festung gleicht, wurde die schwindelerregende Summe von 1,3 Milliarden Euro ausgegeben. Diese einschüchternde Architektur der Macht zeigt deutlich die Distanz zwischen den politischen und ökonomischen Eliten und den Menschen.

… Gleichzeitig müssen wir besonders wachsam sein für die Gefahren des wachsenden Rassismus und dem Aufstieg der extremen Rechten, diesen hässlichen Nebenprodukten der kapitalistischen Krise. Während es die Absicht der Rechten ist, sowohl die Außengrenzen zu verstärken als auch neue Grenzen innerhalb Europas zu errichten, wollen wir im Gegenteil die Mauern der Festung Europas einreißen.

Blockupy stellt sich als aktivistisches, linkes Bündnis nicht kritiklos an die Seite einer Regierung. Wir rechtfertigen keine Koalitionsentscheidungen, sondern bestehen darauf, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit immer für die gleichen Rechte aller geführt werden muss und deswegen den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus einschließt. Wir wissen, dass politischer Fortschritt nur dort erzielt werden kann, wo er gesellschaftlich schon Wirklichkeit ist.…

Wir greifen damit das Signal aus Griechenland auf und machen am 18. März die Straßen von Frankfurt zu unserem Ort des europäischen Referendums, mit dem wir die Troika und die deutsche Krisenpolitik abwählen.

Bleibt informiert : BLOCKUPY.ORG

**Save the Dates:**

07:00 BLOCKADEN RUND UM DIE EZB

14:00 KUNDGEBUNG AM RÖMER

17:00 DEMONSTRATION VOM RÖMER BIS ZUM OPERNPLATZ

---

Stefan Böhmer, einen rechtskräftig verurteilten Holocaust-Leugner und Szene-Anwalt aus Uttenreuth bei Erlange, gegenüber der Stadt angekündigt worden.

In einer Pressermitteilung vom 12. Februar gab die Stadt Lage bekannt, dass sie „in enger Abstimmung mit der örtlichen Polizeibehörde sowie auch dem Staatsschutz Bielefeld derzeit keine rechtliche Handhabe sieht, die für den 14.02.2015 geplante Veranstaltung zu untersagen“.

Am Samstag Abend fanden sich rund fünfzig Personen in dem im Oktober 2014 von Mitgliedern der „Road Crew“ erworbenem Gebäude ein. Gegen 21.00 Uhr begann das Konzert mit zwei Rechts-Rock-Bands. Der Bielefelder Staatsschutz beobachtete die Veranstaltung, sah aber „keine Notwendigkeit zum Einschreiten“.

Die „Road Crew“ hatte sich große Mühe gegeben, das geschehen im ehemaligen Bahnhof von der Öffentlichkeit abzuschirmen. Bereits am Nachmittag waren auf dem Gelände Sichtschutzzäune aufgebaut und die Nummernschilder der parkenden Autos abgeklebt. In der Organisation von Konzerten hat die „Road Crew“ reichlich Erfahrung. So war sie u.a. zusammen mit dem Mindener Neonazi Marcus Winter für die Durchführung eines Auftritts der extrem rechten Hooligan-Band „Kategorie C“ am 16. November 2013 in Herford verantwortlich.

Mit dem Kauf des ehemaligen Bahnhofs in Lage-Ehlenbruch verfügt die „Road Crew“ über einen Ort, in dem sie mit wenig Aufwand Konzerte, Partys und sonstige Veranstaltungen durchführen kann. Das Konzert am 14. Februar 2015 war nicht das erste in den Räumlichkeiten. Mindestens drei zwei weitere Rechts-Rock-Konzert haben in dem Bahnhof stattgefunden.

Für den 23. Mai 2015 ist ein Konzert der extrem rechten Hooligan-Band „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ (KC) in „Ostwestfalen“ angekündigt.

*http://www.lotta-magazin.de/nrwrex/ 17. Februar 2015* ■

# Frankreich vor den Bezirksparlamentswahlen: Ein kleines bisschen Rocky Horror Show

Die nächsten Bezirksparlamentswahlen, die in ganz Frankreich (mit Ausnahme von Paris und Lyon, wo Rathaus- und Bezirksregierung in eins fallen) am selben Tag stattfinden, nahen heran. Die Stimmbeteiligung dürfte eher geringfügig ausfallen, im Augenblick wird eine Wahlenthaltung in Höhe von 57 Prozent prognostiziert, das wäre ähnlich hoch wie bei der Europaparlamentswahl 2014 in Frankreich.

Am 22. März 2015 wird dazu der erste, und am 29. März d.J. der zweite Wahlgang stattfinden. Ein Sieger zeichnet sich ab, sofern die in den letzten Wochen angefertigten Umfragen und die dabei benutzen diversen Umrechnungsmodalitäten, die den Meinungsforschungsinstituten zur Berechnung nationaler Trends aus lokalen Einzelergebnissen denn die Realität widerspiegeln. Der rechtsextreme Front National (FN), dem je Umfrage 29 Prozent, 30 Prozent respektive 33 Prozent der Wahlabsichten winken, dürfte zumindest als politischer und moralischer Sieger dastehen.

Darüber hinaus hat er erhebliche Chancen darauf, zur stimmenstärksten Kraft zu werden, wie bereits bei der Europaparlamentswahl im Mai 2014, damals mit knapp 25 % der abgegebenen Stimmen. Je nach Umfrage rangiert der FN derzeit auf dem Platz der stärksten Partei, im Hinblick auf die herannahenden Bezirksparlamentswahlen; oder er teilt sich diesen Platz mit dem konservativ-wirtschaftsliberalen Parteienbündnis UMP/UDI, auf gleicher Höhe mit ihm. Wesentlich negativer noch: Während in der zuletzt – am Sonntag, den 1. März 2015 – publizierten Umfrage des Instituts IFOP 29 Prozent der Befragten „den Sieg des FN wünschen", erklären dies dem Institut zufolge 50 % der befragten Arbeiter [1]. Am Sonntagabend erschien eine weitere Umfrage des Instituts Odoxa, welche ihrerseits den FN bei 33 % der Stimmabsichten ansiedelt, das Parteienbündnis der bürgerlichen Rechten UMP/UDI bei 27 %, und den regierenden Parti Socialiste (PS) bei 19 % [2].

Das bedeutet noch nicht, dass er auch zur an Sitzen stärksten Partei werden wird: Die Mandate in den insgesamt rund 100 Bezirksparlamenten (*Conseils départementaux; bis zur jüngst erfolgten Gebietsreform hießen sie noch Conseils généraux*) werden nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben. Und dabei findet zwischen den beiden Wahlgängen eine Sammlung unterschiedlicher Kräfte auf beiden Seiten des politischen Spektrums statt, die i.d.R. zu Lasten des FN gehen dürfte, da dieser über keine stärkeren Verbündeten verfügt, mit welchen er sich vor der Stichwahl zusammenschließen könnte.

### Bezirke mit FN-regierten Rathäusern

Nichtsdestotrotz gilt der FN als nicht unwahrscheinlicher Anwärter auf die Übernahme der Bezirksregierung in vier französischen Départements oder Verwaltungsbezirken: Var (um Toulon), Vaucluse (um Avignon), Aisne (um Laon, in der Picardie) sowie Pas-de-Calais (in Nordostfrankreich, mit Verwaltungssitz in Arras). In jedem dieser Départements zählt die extreme Rechte derzeit ein oder mehrere von ihr regierter Rathäuser, seit den letzten französischen Kommunalparlamentswahlen vom März 2014.

In einem Falle allerdings, dem des rechtsextrem geführten Rathauses von Le Pontet (*Vorort von Avignon, 17 000 Einwohner/innen, Bezirk Vaucluse*) wird die Wahl in wenigen Wochen wiederholt werden müssen. Am 25. Februar 2015 annullierte der Conseil d'Etat, das oberste Verwaltungsgericht in Frankreich, die Wahl des dort amtierenden 32jährigen FN-Bürgermeisters Joris Hébrard [3]. Es könne nicht ausgeschlossen werden, schlussfolgerte das Gericht aus den ihm vorliegenden Beweiselementen, dass die Wahl durch Unregelmäßigkeiten beeinflusst worden sei. Bei der Rathauswahl im März 2014 lagen Joris Hébrard und sein damaliger konservativer Gegenkandidat von der UMP nur um insgesamt 17 Stimmen auseinander. Angesichts unleserlicher Unterschriften von Beisitzern in Wahlbüros, die möglicherweise nachträglich eingefügt wurden – während es die Aufgabe der Beisitzer/innen ist, für einen regulären Ablauf der Stimmabgabe zu garantieren – ist die Unverfälschtheit des Endergebnisses letztendlich nicht garantiert. Die Einwohner/innen zumindest eines der rechtsextremen Rathäuser müssen also demnächst an den Wahlurnen über seine Amtsführung befinden, und könnten ihm bei Unzufriedenheit die Quittung geben. Normalerweise müsste der FN ein solches Szenario fürchten. Allerdings wohl nicht, wenn die lokale Wahl in Le Pontet von einem möglichen Triumph des FN bei den französischen Bezirksparlamentswahlen überschattet wird.

Zwar droht auch noch einem zweiten Bürgermeister in einem FN-geführten Rathaus die gerichtliche Amtsenthebung, nämlich dem 35jährigen Fabien Engelmann (Lothringen) wegen des Vorwurfs illegaler Finanzierung seiner Wahlkampfkosten. Allerdings müsste er in seinem Falle nur die Amtsgeschäfte an ein anderes Mitglied der vom FN gestellten Mehrheit im Kommunalparlament übergeben; Letzteres würde anders als in Le Pontet nicht aufgelöst, also kein Mehrheitswechsel stattfinden.

Nicht überall stehen die rechtsextremen Amtsinhaber vor einem solchen Scherbenhaufen, auch wenn mancherorts die Proteste zunehmen, vor allem in Beaucaire (im Raum Arles/Nîmes), wo der FN-Bürgermeister jüngst harte Einschnitte bei Schulkantinen und Sozialzentren vorgenommen hat. Aber mindestens einer von ihnen kann auch triumphieren. Steeve Briois, Bürgermeister von Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich – und bis zum letzten FN-Parteitag in Lyon von Ende November 2014 auch Generalsekretär der Partei – verstand es, darauf zu achten, nicht allzu viel Wellen zu schlagen und unpopuläre Entscheidungen möglichst zu vermeiden. Am 27. Januar d.J. verlieh eine Journalistenjury, angeführt durch die prominente TV-Journalistin Arlette Chabot, ihm einen Preis, den für den „Lokalpolitiker des Jahres 2014". Dieser Preis wurde ihm an jenem Dienstag in der Residenz des Präsidenten der französischen Nationalversammlung übergeben, zeitgleich zur Preisüberreichung an andere preisgekrönte PolitikerInnen (unter ihnen Umweltministerin Ségolène Royal). Parlamentspräsident Claude Bartolone selbst, der Inhaber der Räumlichkeiten, zog es vor, dem Ereignis fern zu bleiben – der Sozialdemokrat berief sich dabei ausdrücklich darauf, am Morgen desselben Tages habe er eine Ansprache zum Auschwitz-Gedenktag halten müssen, und beides passe nicht zusammen. Bei demselben Anlass wurde, wie man im Nachhinein erfuhr, der Fernsehjournalist Gilles Leclerc persönlich durch die FN-Abgeordnete Marion Maréchal-Le Pen bedroht. Und zwar mit den Worten: „**Wir kriegen Sie! Aber wenn Ihnen das dann passiert, dann wird ihnen das sehr weh tun**."[4]

→

## Gießen: „Die Abschiebung wurde abgesagt“

Es ist 4:30 Uhr morgens, 200 Menschen haben sich vor einer Flüchtlingsunterkunft in Gießen eingefunden – der Eingang ist blockiert. Ihr Ziel: Die Abschiebung eines 19-Jährigen Flüchtlings verhindern. Die Behörden wollten ihn heute nach Italien abschieben.

„Obdachlosigkeit, Armut, Hunger und Aussichtslosigkeit“, das erwarte Schutzsuchende in Italien, erklärten Beteiligte gegenüber dem Hessischen Rundfunk ihre Aktion. Schließlich großer Jubel: „Die Abschiebung wurde abgesagt“ wird über Megaphon verkündet.

Die Initaitve „Rassimus Tötet“ hatte über facebook zu der Aktion aufgerufen.

*Quelle: https://www.wir-treten-ein.de 20.02.2015* ■

## Asylbewerberleistungsgesetz

Das neue Asylbewerberleistungsgesetz tritt am 1. März in Kraft. Die neue Rechtslage kann unter *http://rlc-berlin.org/wp-content/uploads/ 2015/01/Asylblg-%C3%84ndG-2015.pdf* nachgelesen werden.

Nach § 2 AsylbLG erhalten alle Flüchtlinge, die „die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben“, nunmehr nach 15 Monaten Leistungen analog Hartz IV. Dieser Personenkreis unterliegt aber weiterhin formal dem AsylbLG und erhält Leistungen vom Sozialamt.

Ein Systemwechsel vollzieht sich dagegen für solche Flüchtlinge, die eine Aufenthaltserlaubnis nach §25 Abs. 5 besitzen, sofern die Entscheidung über die Aussetzung ihrer Abschiebung noch nicht 18 Monate zurückliegt.

Diese Flüchtlinge erhalten zukünftig Leistungen durch das Jobcenter nach dem SGB II.

**a.** wegen des Krieges in ihrem Heimatland nach § 23 Absatz 1 oder § 24 AufenthG,
**b.** nach § 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG,
**c.** nach § 25 Absatz 5 AufenthG

Diese Flüchtlinge erhalten zukünftig Leistungen durch das Jobcenter nach dem SGB II.

*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 20.02.2015* ■

## Erfolgreiche Blockade gegen Abschiebung in Erfurt

Nachdem ein Kind ihren Eltern, die in der Initiative Roma Thüringen aktiv sind, von der Abschiebung einer Schulfreundin erzählt hat, organisierten sich spontan Menschen, um Widerstand zu leisten. Ca. 150 Menschen fanden sich daraufhin am Montag, den 23.2.2015, gegen 21.00 Uhr vor dem Lager in der Stauffenbergallee 25 ein, um die Abschiebung der Familie K. zu verhindern.

Die Abschiebung wurde abgebrochen, nachdem der Einsatzleiter der Polizei, Thomas Ziegler gegen 22:30 Uhr erklärte, seine Beamten würden heute keine Abschiebung durchsetzen. Die Aktion war ein deutliches Signal, dass Menschen in Erfurt zusammenhalten und zusammen leben wollen. Von den Balkonen aus konnten Geflüchtete seit langer Zeit eine Menschenansammlung beobachten, die nicht sich nicht in feindlicher Absicht zusammengefunden hatte. Dafür gab es Tee, Applaus und lächelnde Gesichter für die Menge vor dem Haus. Viele Geflüchtete solidarisierten sich und nahmen an der Blockade teil. Schon letze Woche Dienstag, den 10.2.2015, fand eine Kundgebung der Kampagne „Memedovich bleiben – Alle Bleiben!“ vor der Ausländerbehörde in Erfurt statt, die sich klar für ein Bleiberecht aller ausgesprochen hatte.

Familie K. war 2014 aus Kambodscha bis nach Deutschland geflohen. Die dreiköpfige Familie sollte nach Tschechien abgeschoben werden, wo sie zum ersten Mal das Gebiet der Europäischen Union betreten hatte. Grund dafür ist die Dublin-III Verordnung, die vorsieht, dass Geflüchtete dort ein Asylverfahren zu durchlaufen haben, wo sie zum ersten Mal EU-Territorium betreten haben. Unmittelbar vor der angekündigten Abschiebung nach Tschechien äußerte die Mutter der Kinder ihrem Freundeskreis in Erfurt, warum sie nicht nach Tschechien könne: „Ich habe Angst, dass meine Kinder in Tschechien nicht zur Schule gehen können.“ Tatsächlich ist über die Bedingungen für Asylsuchende im östlichen Nachbarland wenig bekannt. Die zunehmende Überlastung in den EU-Grenzstaaten, wie in Italien,

---

**Gruselkabinett**

Zu diesen Bezirksparlamenten tritt der FN in über 92 Prozent der Kantone (Wahlkreise in den Bezirken) an. Dies bedeutet rund 7650 Kandidaturen von Einzelpersonen, im Vergleich zu 2720 Kandidat/inn/en des FN zu den Bezirksparlamentswahlen im März 2011 [5]. Ein erheblicher Aufwand für eine Partei, die zwar formal vorgibt, über rund 80 000 Mitglieder zu verfügen, in Wirklichkeit jedoch nur über die Hälfte davon (*wie anlässlich des letzten FN-Parteitags im November 2014 in Lyon die Auswertung der Mitgliedervoten im Vorfeld belegt*). Deswegen tauchen auch dieses Mal – wie bei den Rathauswahlen im März 2014 – vereinzelt Bewerber/innen auf, die unfreiwillig, also ohne ihr Zutun oder ohne klares Bewusstsein darüber zu haben, auf Kandidatenlisten des FN stehen. Beispielsweise eine sehbehinderte, über siebzigjährige Frau in der Auvergne, die inzwischen Strafanzeige erstattet hat [6].

Dies ist beileibe nicht das Schlimmste. Am schlimmsten sind die Aussprüche von einigen Kandidat/inn/en, die – weil es sich nicht um geschulte langjährige Angehörige des Führungspersonals handelt – oft haarsträubend ausfallen. Einige Presseorgane haben sie nun z.T. genüsslich auszuschlachten begonnen [7] , und dies ist auch gut so, weil es Öffentlichkeit für das schafft, was noch immer die politische Tiefennatur des FN ausmacht: die einer Partei, die Paranoide, Verschwörungstheoretiker, Rassisten und Hitlerfans anzieht wie das Licht die Motten. Ein paar Kostproben gefällig? Eine Kandidatin in den Westpyrenäen schlägt vor, „die Araber auf ein Schiff zu setzen und (dieses) zu versenken“; ihr droht der Parteiausschluss. Ein Kandidat im südwestfranzösischen Bezirk Aveyron schreibt das Internet mit Zeugs voll wie diesem, gespickt mit Rechtschreibfehlern: „Die Juden verdienen, getötet zu werden, wie sie Jesus getötet haben.“ Sein Kreisverband schloss ihn aus der Partei aus. Ein Kandidat in Narbonne spricht sich, angeblich „im Scherz“, für „Treibjagen auf Wildschweine, Wölfe, Luchse und auf Araber“ aus (nicht ausgeschlossen). Ein stellvertretender Kandidat im Bezirk Ardèche erklärt seiner Parteichefin gar im Internet: „Marine, Du bist die Reinkarnation von Adolf Hitler!“ (sic), was bislang noch keine parteioffizielle Reaktion nach sich zog.

Ausführlicheres dazu: demnächst in diesem Schauertheater…

*Bernard Schmid, Paris* ■

1 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/03/01/97001-20150301FILWWW00021-departementales-fn-et-droite-a-egalite.php

2 Vgl. http://www.leparisien.fr/politique/elections-departementales-le-fn-largement-en-tete-a-33-d-intentions-de-vote-01-03-2015-4567453.php oder http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/03/01/97001-20150301FILWWW00201-departementales-le-fn-en-tete-a-33-selon-un-sondage.php

3 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/02/25/l-annulation-de-l-election-du-maire-fn-du-pontet-validee_4583312_823448.html

4 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/01/29/97001-20150129FILWWW00149-marion-marechal-le-pen-on-va-vous-avoir.php und http://www.huffingtonpost.fr/2015/01/29/marion-marechal-le-pen-menace-journaliste-gilles-leclerc_n_6568460.html

5 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/2015/02/17/01002-20150217ARTFIG00265-elections-departementales-le-front-national-investit-1912-candidats.php

6 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/02/18/97001-20150218FILWWW00456-candidate-fn-malgre-elle-elle-porte-plainte.php

7 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2015/02/26/des-candidats-fn-en-derapages-incontroles_1210572 oder http://www.linternaute.com/actualite/politique/1217196-candidats-fn-les-pires-derapages-des-departementales/

Griechenland oder Bulgarien lässt keinen Raum für Zuversicht. „Ich weiß nicht, ob wir genug zum Leben haben, wenn wir dort leben müssen“, so Chhun K. weiter. „Ich möchte, dass meine Kinder hier zur Schule gehen können und ich möchte selbst die deutsche Sprache lernen und hier Arbeit finden.“

„Die mit der Dublin-III Verordnung verlagerte Verantwortung für Schutzsuchende in die EU-Grenzstaaten bedeutet zunehmend katastrophale Bedingungen, wie Obdachlosigkeit und Armut, von denen ganze Familien mit kleinen Kindern betroffen sind“, erläutert Alexandra Hoffmann des Freundeskreises der Familie K. aus Erfurt.

Die neue Thüringer Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Prüfung der Abschiebepraxis vereinbart. In der Öffentlichkeit haben sie sich mit dem in Thüringen offiziell erlassenen Winterabschiebestopp ein menschenfreundliches Image zugelegt. Gleichzeitig finden aber weiter Abschiebungen statt. „Der Winterabschiebestopp ist an sich schon nur eine temporäre Einrichtung und ab April kann offiziell wieder abgeschoben werden. Aber selbst jetzt werden Asylsuchende von der Polizei abgeholt und weggeschafft, nur weil es amtsdeutsch Überstellung genannt wird. Abschiebungen sind immer ein gewaltsamer Eingriff in das Leben von Menschen und mit einem selbstbestimmten Leben nicht vereinbar“, beklagt Alexandra Hoffmann.

*Quelle: http://breakdeportation.blogsport.de 24.2.2015* ■

## Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien

**Nachtblockade an einer Flüchtlingsunterkunft in Heidelberg verhindert Abschiebung mehrerer Roma-Familien**

Am 24. Februar wurden 114 Personen ab Baden-Airpark nach Serbien und Mazedonien abgeschoben. Unter den Abgeschobenen waren laut Regierungspräsidium Karlsruhe 42 Kinder. 38 der Abgeschobenen kamen aus Baden-Württemberg, die anderen aus mehreren anderen Bundesländern, vor allem Hessen, Sachsen und Saarland. AktivistInnen aus Freiburg blockierten um die Mittagszeit kurzfristig die Busse, mit denen die Flüchtlinge an den Flughafen gebracht wurden. In Freiburg und Heidelberg gab es in der Nacht davor Nachtwachen bzw. Blockadeaktionen an Flüchtlingsunterkünften. So konnte v.a. in Heidelberg die Abschiebung mehrerer Familien verhindert werden. Beim Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung wurde der Ablauf der Abschiebung und der Aktionen am Baden-Airpark per Info-Ticker dokumentiert. Es gibt dort auch Bilder:

*Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 25.02.2015* ■

## Bayern: Unmenschliche Abschiebung

**Bei der Abschiebung von Kosovaren geht für Innenminister Herrmann Härte vor Augenmaß**

Mit einer gewissen Genugtuung vermeldete das Bayerische Innenministerium gestern (17.2.) die erste Sammelabschiebung von Kosovaren. Dreißig Personen seien mit einer Chartermaschine von München nach Pristina abgeschoben worden.
Erst jetzt werden durch Berichte von Nachbarn und Unterstützern die Umstände dieser Abschiebungen bekannt. Wie die Mittelbayerische Zeitung heute berichtet, wurde eine Familie aus Reifenthal im Landkreis Regensburg mit drastischen Maßnahmen und unter Einsatz von acht Polizisten frühmorgens aus dem Bett geholt, hatte kaum eine halbe Stunde Zeit sich reisefertig zu machen und die wichtigsten Sachen zusammenzusuchen. Medikamente und Schulzeugnisse blieben zurück, einer Unterstützerin der Familie wurde der Kontakt verwehrt mit dem Hinweis, es handele sich um eine Polizeiaktion.

Nicht für die Betroffenen, sondern auch für Nachbarn bedeutet dieses brachiale Vorgehen einen Schock. Besonders perfide: die Familie hatte einen Antrag auf freiwillige Ausreise beim Landratsamt gestellt, eben gerade um eine gewaltsame Abschiebung zu vermeiden.

„Das Vorgehen der Abschiebebehörden ist unzumutbar. Das Signal des Innenministers Herrmann, konsequent abschieben zu wollen, hat wohl bei den verantwortlichen Behörden den Effekt, dass Menschlichkeit und Augenmaß nichts mehr gelten“, kritisiert Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Hier müssen Menschen darunter leiden, dass politische Signale gesetzt werden. Flüchtlinge werden politisch missbraucht, damit Bayern Härte gegenüber Ausreisewilligen im Kosovo demonstrieren kann.“

„Wenn dem Landratsamt Regensburg ein Antrag auf freiwillige Ausreise vorlag, dann handelt es sich bei dieser Abschiebung um absolut unbillige Härte“, so Dünnwald weiter. „Eine Abschiebung darf nur ultima ratio sein, die freiwillige Ausreise hat immer vor einer gewaltsamen Abschiebung zu gehen. Die Verantwortung für die Gewalterfahrung einer Familie mit drei kleinen Kindern hat hier Innenminister Herrmann zu tragen.“

*Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 18.02.2015* ■

## Arbeitsmarkt: Integration von Flüchtlingen

Nur knapp 500 Förderplätzen zur Integration in den Arbeitsmarkt stehen rund 160 000 Asylbewerber gegenüber. Das teilt die Bundesregierung mit. Grüne werfen Schwarz-Rot Untätigkeit vor.

Für 160 000 anspruchsberechtigte Asylbewerber stehen nur wenige hundert Förderplätze zur Integration in den Arbeitsmarkt zur Verfügung. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen hervor. Demnach hat es im Dezember 2014 knapp 500 Betreuungsplätze in Modellprojekten an neun Standorten gegeben. Grünen-Migrationsexpertin Luise Amtsberg bezeichnete den Zustand am Donnerstag im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst als „Armutszeugnis“.

Die Grünen-Politikerin warf der Regierung außerdem vor, die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Verbesserung der Integration von Asylsuchenden in den Jobmarkt nicht umzusetzen: „Trotz der steigenden Flüchtlingszahlen kürzt sie die Mittel zur Sprachförderung. Asylsuchende werden in diesem Jahr faktisch keinen Zugang zum Deutschkurs haben.“

Der Rheinischen Post sagte Amtsberg, erst wenn die Flüchtlinge die Sprache beherrschten, könnten sie ohne staatliche Leistungen auf dem Arbeitsmarkt bestehen. Die Hälfte der Flüchtlinge mit einem Anspruch auf Beratung und Unterstützung sei aus Syrien gekommen. Fast alle hätten einen Schulabschluss, 42 Prozent sogar einen Studienabschluss.

Die bisherigen Modellprojekte zur Integration werden nach Angaben der Bundesregierung in Augsburg, Bremen, Dresden, Freiburg, Hamburg und Köln angeboten. Sie seien inzwischen bis Ende 2015 verlängert und um die Standorte Berlin, Hannover und Ludwigshafen erweitert worden. (epd/mig)

*Quelle: http://www.migazin.de 25.02.2015* ■

## Kirchenasyle verhindern staatliche Fehlentscheidung

Fast alle geplanten Abschiebungen wurden nach einem Kirchenasyl ausgesetzt. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie. Bundesinnenminister de Maizière sieht das anders. Er warf den Kirchen Missbrauch vor.

In der Kontroverse um das Kirchenasyl springen Migrationsforscher den christlichen Gemeinden bei. Eine Studie des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien belege, dass Kirchenasyle in der Regel Betroffene vor staatlichen Fehlentscheidungen bewahrten, teilte die Uni Osnabrück am Montag mit. Im Jahr 2013 seien beispielsweise zu 95 Prozent die zuvor geplanten Abschiebungen nach dem Kirchenasyl ausgesetzt worden. „Das Kirchenasyl ist nicht verfassungsrechtlich problematisch“, sagte die Projektleiterin Helen Schenken. „Vielmehr stellt es ein Korrektiv zu den staatlichen Abschiebeentscheidungen dar.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte angesichts der 2014 erneut stark gestiegenen Zahlen an Kirchenasy-

len (203 Fälle im Vergleich zu 79 im Vorjahr) von einem Missbrauch dieses Instruments gesprochen, den er als für die Verfassung zuständiger Innenminister ablehne. Die Sozialwissenschaftlerin Schwenken betonte hingegen, durch diese Form des zivilen Ungehorsams hätten die Grundrechte der Betroffenen gewahrt werden können.

Das Forschungsprojekt „Proteste gegen Abschiebungen" hat den Angaben zufolge anhand von Tausenden Medienberichten im Zeitraum von 1993 bis 2013 verschiedene Formen des Widerstandes gegen Abschiebungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz untersucht. Neben dem Kirchenasyl gebe es ein breites Spektrum an Akteuren und Protestformen, betonte Schwenken. Dazu gehörten Betroffene, die sich ihrer eigenen Abschiebung widersetzen, Demonstrationen von Schulklassen und Sportvereinen oder Piloten, die nicht an Abschiebeflügen mitwirken wollten. Der Protest sei zumeist lokal verankert und finde eine starke gesellschaftliche Zustimmung.

*epd/mig, Quelle: http://www.migazin.de 18.2.2015* ■

## Nicht „untergetaucht"

**Debatte um Neuregelung des Kirchenasyls hält an**

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erntet mit seinem Vergleich zwischen Kirchenasyl und Scharia heftigen Widerspruch der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Der Vergleich sei „aus unserer Sicht abwegig", sagte ein EKD-Sprecher in Hannover dem Evangelischen Pressedienst (epd). „Das Kirchenasyl bedroht weder das Recht, noch taugt es zu einer Grundsatzdebatte," sagte der EKD-Sprecher. In 90 Prozent der Kirchenasylfälle komme es zu einer „positiven Würdigung" durch die Behörden. „Dies dürfte für neun von zehn Scharia-Polizisten so nicht gelten."

De Maizière hatte zuvor seine Kritik an einem „Missbrauch des Kirchenasyls" bekräftigt. Angesichts staatlicher Regeln könne sich eine Institution nicht über das Recht setzen. Der Innenminister rückte das Kirchenasyl in die Nähe zur Scharia, die als „eine Art Gesetz für Muslime" auch nicht über deutschen Gesetzen stehen dürfe. Die Äußerungen waren auf heftige politische Reaktionen gestoßen. Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, nannte den Vergleich „absurd".

Bereits Ende Januar betonte der hannoversche Landesbischof Meister als Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, dass das Kirchenasyl ein offensichtlich notwendiger Schutzraum für Menschenrechte sei. „Es wird nur gewährt, wenn jemand trotz aller staatlichen Gesetze und Hilfen von Abschiebung, menschenunwürdigen Umständen oder Lebensgefahr bedroht ist." Es wende sich nicht gegen den Rechtsstaat, sondern erinnere diesen an das grundgesetzlich verankerte Recht auf Menschenwürde, Freiheit und körperliche Unversehrtheit.

„Die Worte des Ministers belasten in ungewöhnlicher und überflüssiger Weise das gute Verhältnis zwischen Kirche und Staat," sagte der evangelische Theologe. De Maizière hatte laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" gesagt, er habe als Christ zwar Verständnis, dass die Kirchen „in Einzelfällen" unter dem Gesichtspunkt des Erbarmens Flüchtlinge aufnähmen. Doch es gehe nicht, dass sie sich eigenmächtig über bestehende Gesetze hinwegsetzten.

„Ich habe hohen Respekt vor dem Mut der Kirchenasylgemeinden und ihrem biblisch motivierten Handeln," sagte der Bischof. In den meisten Fällen könne den Menschen in einem Kirchenasyl durch eine erneute Überprüfung ihres Schutzbegehrens geholfen werden. Das zeige ganz klar seine Notwendigkeit, auch wenn es gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt. „Es ist bedauerlich, dass solche Äußerungen von Politikern das Engagement der Kirchen als wichtigste zivilgesellschaftliche Akteure für den Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen infrage stellen," unterstrich Meister.

*Quelle: http://www.kirchenasyl.de 02.2015* ■

## Kritik an Kirchenasyl ist scheinheilig

„Das Dublin-System scheitert nicht an ein paar Fällen von Kirchenasyl. Die gesamte EU-Asylpolitik ist gescheitert – Kirchenasyl kann in wenigen Fällen die Folgen für die Betroffenen lindern. Dafür gebührt den Kirchengemeinden Respekt und keine hysterische Kritik", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum heutigen Treffen der Kirchen mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt. Jelpke weiter:

„Nach der Dublin-Verordnung ist jeweils der EU-Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig, der den Grenzübertritt des Asylsuchenden zugelassen hat. Stellt er in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag, wird er wieder in den Ersteinreisestaat abgeschoben.

Diese so genannte Rücküberstellung findet de facto nur in einem kleinen Teil der Fälle statt. Lediglich 13,6 Prozent der 35 115 Asylsuchenden, die Deutschland im vergangenen Jahr in einen anderen EU-Staat zurückschicken wollte, wurden auch tatsächlich abgeschoben. Das faktische Scheitern des Dublin-Systems nun den 400 Fällen von Kirchenasyl anlasten zu wollen, ist scheinheilig und entbehrt jeder sachlichen Grundlage.

Kirchenasyl hilft in wenigen Einzelfällen, in denen Menschen begründete Angst haben, im Ersteinreisestaat unwürdig behandelt zu werden: in Fällen, in denen Kinder aus ihrem neuen Lebensumfeld gerissen werden sollen, oder in solchen, in denen die Inhaftierung und die Abschiebung durch Polizeibeamte Menschen trifft, die durch Folter und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte in ihren Herkunftsländern schwer traumatisiert sind. Zugleich sorgt das Kirchenasyl für eine richtige und notwendige Debatte: Wie soll das europäische Asylsystem seinen menschen- und flüchtlingsrechtlichen Anforderungen gerecht werden? Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie der Bundesinnenminister sollten sich dieser Debatte stellen, statt die Kirchen mit übler Kritik zu überziehen."

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 24.02.2015* ■

## Forderung Rücktritt von de Maizière

**StudierendenpfarrerInnen fordern Rücktritt von Thomas de Maizière als Mitglied des Präsidiums des Kirchentags**

*Hauptamtlichenkonferenz der ESG (Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland) fordert den Rücktritt von Thomas de Maizière aus dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages*

KONSTANZ, 25.2.2015 • Thomas de Maizière hat sich mit seinen fortgesetzten Angriffen gegen die Institution des Kirchenasyls nachhaltig diskreditiert. Kirchenasyl ist kein paralleles Rechtssystem, sondern dient im Gegenteil der Verfeinerung und Humanisierung rechtsstaatlicher Praxis. Dies ergibt sich allein schon aus der hohen Erfolgsquote des Kirchenasyls, das üblicherweise in enger Abstimmung mit den zuständigen staatlichen Behörden gewährt wird.

Durch seine in der Sache problematische Gleichsetzung von Kirchenasyl und Scharia treibt de Maizière einen Keil zwischen ChristInnen und MuslimInnen sowie Kirche und Gesellschaft. Das halten wir für unsäglich und nicht hinnehmbar.

Die jüngsten Auslassungen von Thomas de Maizière sind keine einmalige Entgleisung, sondern haben eine lange Vorgeschichte. Bereits vor Jahren hatte de Maizière in einem Schreiben an die damalige Flüchtlingsbeauftragte der nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Fanny Dethloff seine Auffassung bekräftigt, dass „für ein ‚Kirchenasyl' in einem Rechtsstaat grundsätzlich kein Raum" sei. „Unsere Rechtsordnung" biete „sowohl den Kirchen als auch ihren Mitgliedern ausreichend Raum, sich für schutzsuchende Ausländer einzusetzen". Diese Auffassung wird durch die Zustände an Europas Außengrenzen, die

europäische Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen tagtäglich widerlegt.

Wer Barmherzigkeit für eine Privatangelegenheit hält, ist nicht geeignet, den Protestantismus öffentlich zu repräsentieren. Wir fordern Thomas de Maizière deshalb auf, aus dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages zurückzutreten.

Hauptamtlichenkonferenz des Verbandes der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland (ESG)

*Quelle: Pressemitteilung Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland (ESG) 25.02.2015* ■

## Schleswig-Holstein fordert aus für Abschiebungshaft – folgt NRW den Vorschlag?

KIEL/DÜSSELDORF – Die Piraten und die Regierungsparteien im Landtag von Schleswig-Holstein haben Anträge für eine Initiative zur Abschaffung der Abschiebungshaft auf Bundesebene eingebracht. Am Donnerstag diskutiert der Innenausschuss des Landtages in Düsseldorf über den weiteren Verlauf der Abschiebungshaft in NRW. Sollte es hier ein klares Signal geben, könnte dieses das Aus für die Abschiebungshaft bedeuten.

Bereits 2012 haben SPD, Bündnis90/Die Grünen und der SSW im Koalitionsvertrag von Schleswig-Holstein beschlossen, sich für die Abschaffung der Abschiebungshaft auf Bundesebene einzusetzen. Am 28.1.2015 hat die Fraktion der Piraten einen Antrag zur Abschaffung der Abschiebehaft eingereicht, dem sich mit einem Änderungsantrag vom 18.2.2015 die regierenden Parteien in wesentlichen Punkten inhaltlich angeschlossen haben. Die Landesregierung soll sich nun bis Ende dieses Jahres in einer Bundesratsinitiative für die Schließung aller Abschiebegefängnisse auf Bundesebene einsetzen.

Auch NRW wird von einem Bündnis von SPD und Bündnis90/Die Grünen regiert. Das Abschiebegefängnis in Büren wurde im August 2014 aufgrund der unrechtmäßigen Haftbedingungen vom Bundesgerichtshof geschlossen. Flüchtlinge werden nun, wenn sie inhaftiert werde sollen, mehrere hundert Kilometer nach Berlin oder Eisenhüttenstadt transportiert.

Über die Wiedereröffnung des Abschiebegefängnis in Büren debattiert am Donnerstag der Innenausschuss im Landtag. Anstatt die Gunst der Stunde zu nutzen und sich ebenfalls für die Abschaffung der Abschiebungshaft einzusetzen, will die rot-grüne Landesregierung im Mai die Abschiebungshaft in Büren erneut öffnen. Werden aktuell bis zu 15 Menschen aus NRW inhaftiert, sind nun bis zu 150 Haftplätze geplant. Die Landesregierung will offensichtlich die Zahl der Abschiebegefangenen deutlich erhöhen.

„Würde sich NRW auch für eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Abschiebehaft stark machen, wären gute Chancen da, diese auch durchzusetzen", so Frank Gockel, Sprecher der AG Abschiebungshaft im AK Asyl in Bielefeld. Laut Gockel gibt es auch aus anderen Bundesländern, wie z.B. Rheinland-Pfalz deutliche Signale. „Doch leider sind die rot-grünen Regierungsparteien aus NRW nicht so positiv gegenüber Flüchtlingen eingestellt, wie in anderen Bundesländern", so Gockel.

*Quelle: AG Abschiebungshaft im AK Asyl e.V 24.02.2015* ■

## Quoten-Verteilung von Flüchtlingskindern

**BMFSFJ stellt Gesetzentwurf zur Verteilung von unbegleiteten Flüchtlingskindern vor**

Der Gesetzgeber plant unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – wie Erwachsene – über eine Quotenregelung bundesweit zu verteilen. Bisher gilt das Prinzip der Unterbringung am Ankunftsort. Am 24. Februar wurden im Familienministerium (BMFSFJ) die Eckpunkte eines entsprechenden Gesetzes präsentiert. Durch die Neuregelung erhofft man sich eine Entlastung für Großstädte – die Leidtragenden wären die Flüchtlingskinder. Anstatt Flüchtlingskinder deutschlandweit umherzuschieben, sollte ein Aufnahmekonzept mit tragfähigem Finanzausgleich geschaffen werden um Jugendlichen und Kommunen gerecht zu werden," kritisiert Thomas Berthold vom BUMF. UMFs sollten dort untergebracht werden, wo sie eine bedarfsgerechte Infrastruktur vorfinden (Therapeutische Einrichtungen, Beschulungsangebote, Beratung etc.). Hierzu muss der Vorrang des Kindeswohls Anwendung finden. „Die Berücksichtigung der individuellen Situation eines jeden einzelnen Jugendlichen darf nicht hinter die Erfüllung einer statistischen Quote zurücktreten", erklärt Marei Pelzer von PRO ASYL.

Der Aufbau pädagogisch geeigneter Hilfsstrukturen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge hat dort, wo es sie heute gibt, Jahre gedauert. Es besteht kein Grund zur Hoffnung, dass sie andernorts allein deshalb in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft werden, weil eine Quotenzuweisung erfolgt.

Vor allem braucht es daher ein Aufnahmekonzept, in dem der Gesetzgeber festlegt, wie unbegleitete Minderjährige untergebracht, betreut und versorgt werden, damit Jugendliche deutschlandweit gute Aufnahmebedingungen finden. Die bisherige Flickschusterei und die unterschiedliche Aufnahmequalität führen dazu, dass unbegleitete Minderjährige nur an wenigen Orten in Deutschland verbleiben und einzelne Kommunen am Rande ihrer Kapazitäten sind. Dieses Problem lässt sich jedoch nicht über Quoten, sondern nur über einheitliche Standards und bundesgesetzliche Vorgaben lösen. Besonders problematisch ist, dass keine Regelung vorgesehen ist, die garantiert, dass die jungen Menschen unmittelbar nach der Einreise tatsächlich einen rechtlichen Beistand oder Vormund erhalten. Dies wird dazu führen, dass die Interessen der Jugendlichen nicht wirkungsvoll vertreten werden und dass es keine unabhängige Vertrauensperson gibt. Zudem ist vorgesehen, dass eine Verteilung zwischen zwei Wochen und zwei Monaten dauern kann. In der Praxis wird dies bedeuten, dass die Jugendlichen wochenlang im Transit festhängen. Ein Ankommen in Deutschland wird so erheblich erschwert, die Unsicherheit über eine zukünftige Perspektive dauert länger als nötig. Auch das Asylverfahren und die psycho-soziale Versorgung werden zukünftig erst nach einer Verteilung möglich sein.

*Quelle: Presseerklärung Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. – PRO ASYL e.V. 25.02.2015* ■

## Sozialwohnungen für Flüchtlinge

Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsens fordert zum Flüchtlingsgipfel mit Innenminister Boris Pistorius am Freitag, 27.02.2015 ein Bauprogramm des Landes für Sozialwohnungen: „Wenn wir von einer Willkommenskultur reden, dann müssen wir auch entsprechend handeln. Flüchtlinge in Wohnheimen oder gar Containern unterzubringen, ist weder menschenwürdig noch preiswert", erklärt dazu der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Schwarz.

Die Kommunen stehen vor der Herausforderung, Flüchtlinge menschengerecht unterzubringen. „Für einige Kommunen in Niedersachsen ist die Unterbringung jedoch heute schon nur noch durch die Bereitstellung von Wohncontainern oder durch Anmietung von Hotels oder Belegung von Turnhallen möglich. Die Unterbringung in Containern kostet beispielsweise circa 540 Euro pro Person", rechnet Uwe Schwarz aus.

„Wir brauchen daher dringenden Wohnraum und vor allem brauchen wir ein nachhaltiges Programm. Deshalb fordern wir, sozialen Wohnraum zu bauen, den Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen aber auch anderweitig nutzen können", erklärt der sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Die Finanzierung kann nach Überzeugung der SPD-Fraktion einfach organisiert werden: „Ähnlich wie bei der Studentenwohnraumförderung kann das Innenministerium einen zusätzlichen Beitrag zur Förderung von Wohnungen für Flüchtlinge im revolvierenden Wohn-

raumförderfonds des Landes Niedersachsen bereitstellen“, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende zum möglichen Verfahren.

Uwe Schwarz: „Mit diesem Betrag könnte dann eine Darlehensförderung zur Schaffung von Wohnraum für Asylsuchende konzipiert werden, der den Kommunen auch nachhaltig als sozialer Wohnraum zur Verfügung steht.“

Der Vorschlag sei also für alle Beteiligten ein Gewinn. „Für die Flüchtlinge, die in hochwertigen Wohnungen lebenswert und integrationsgerecht untergebracht würden; für die Kommunen, die bei der Unterbringung in vom Land geförderten sozialen Wohnungen langfristig Geld sparen; und auch für die Städte und Gemeinden, die nachhaltig neuen sozialen Wohnraum zur Verfügung haben und damit angespannte Wohnungsmärkte entlasten können“, erklärt SPD-Sozialpolitiker Uwe Schwarz. Zudem könnte man mit dieser Maßnahme auch den Mietwucher bei Notunterkünften eindämmen, der ein Problem für die betroffenen Kommunen sei. 1)

Auch die Bündnis90/Die Grünen im Landtag fordern ein „Förderprogramm für Wohnraum muss auch Flüchtlinge berücksichtigen“

Aus der Pressemitteilung der Grünen: „Eines der wichtigen Themen in den Kommunen ist die Flüchtlingssozialberatung/Kooperative Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN). Diese gilt es weiterhin zu fördern und auszubauen. Bei unseren intensiven Gesprächen vor Ort in den Flüchtlingsunterkünften kam und kommt dies immer wieder zur Sprache.“

„Eine der Herausforderungen, bei deren Bewältigung wir den Kommunen hinsichtlich der Integration vor Ort am meisten helfen können, ist die Sicherung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum. Deshalb müssen wir von Anfang an, auch im Wohnraumförderungsprogramm, Flüchtlinge und deren Bedürfnisse berücksichtigen.“ 2)

*Quelle: 1) Pressemitteilung SPD-Landtagsfraktion Nidersachsen 26.02.2015*
*2) Pressemeldung Bündnis 90/Die Grünen Landtag Niedersachsen 26.02.2015*

## Klima der Angst:

### Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge in 2014

*Statistisch gesehen finden in Deutschland pro Woche fünf rassistische Kundgebungen oder Demonstrationen gegen Flüchtlinge statt. Zu Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte kommt es im Schnitt drei Mal pro Woche. Dies zeigt eine bundesweite Dokumentation der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL.*

Eine Dokumentation der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL illustriert ein erschreckend hohes Maß an flüchtlingsfeindlicher Hetze und Gewalt: Im Jahr 2014 kam es in 153 Fällen zu Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und in 77 Fällen zu tätlichen Angriffen auf Flüchtlinge. In Folge der vielen Anschläge und Übergriffe leben Flüchtlinge und Migranten in Deutschland vielerorts in Angst.

### Pegida versetzt Flüchtlinge in Sachsen in Angst

Dies gilt insbesondere für Sachsen, wo es der Dokumentation zufolge 2014 mit Abstand zu den meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen gegen Flüchtlinge kam. Seit den Pegida-Demonstrationen ist die Angst vor rassistischen Angriffen in Dresden gestiegen.

„Woche zu Woche wird es schlimmer, die Atmosphäre ist sehr vergiftet und die Leute haben Angst. Montag ist das Stadtzentrum fast zu einer No-Go-Area definiert worden und Montags schicken viele ihre Kinder nicht zur Schule. Und die Frauen, die Kopftuch tragen, die trauen sich nicht aus dem Haus“, sagte Ali Moradi vom Flüchtlingsrat Sachsen im Deutschlandfunk.

### Kein Ostdeutsches Phänomen: Meiste Anschläge in Nordrhein-Westfalen

Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge beschränken sich jedoch nicht auf Ostdeutschland. Die meisten Anschläge auf Unterkünfte ereigneten sich in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Sachsen und Bayern.

Bundesweit dokumentierten die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL im Jahr 2014 insgesamt 256 lokale flüchtlingsfeindliche Kundgebungen oder Demonstrationen. Dabei treten häufig organisierte Rechtsextreme auf, gern unter dem Deckmantel „besorgter Bürger“. Für die Hetzveranstaltungen wird meist über entsprechende Facebook-Seiten mobilisiert, auf denen Asylsuchende als „Wirtschaftsflüchtlinge“ und angebliche Gefahr denunziert werden.

### Flüchtlingsfeindlichkeit entgegen treten

Nicht immer sind die rassistischen Proteste wirkungsvoll, oft finden sich weit mehr Gegendemonstrierende ein als jene, die Flüchtlinge für eine Bedrohung halten, zehntausende setzen wöchentlich der Hetze Argumente entgegen und solidarisieren sich mit den Flüchtlingen. Doch wenn sich vor Ort kaum jemand findet, der den rassistischen Vorurteilen öffentlich widerspricht, entsteht schnell ein Klima der Gewalt.

Die Studie „Die fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass es ein hohes Maß an Ressentiments und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt. So sehen insgesamt 44 Prozent der Befragten Asylbewerber negativ – in den neuen Bundesländern sind es mit 53 Prozent sogar mehr als die Hälfte

Angesichts dieser bedrohlichen Tendenz appellieren die Organisationen an die politisch Verantwortlichen und die Zivilgesellschaft, sich rechter Hetze und rassistischen Vorurteilen entschieden entgegenzustellen. Wenn flüchtlingsfeindliche Ressentiments nicht klar zurückgewiesen werden, bestärkt das rassistische Gewalttäter in ihrem Tun.

Der „Chronik der Gewalt – Rechte Hetze gegen Flüchtlinge“ liegen Auswertungen von Medienberichten, Auskünfte von

lokalen Initiativen und von Rassismus betroffenen Personen, Zahlen des Bundeskriminalamtes, Mitteilungen von örtlichen Polizeiinspektionen und Staatsanwaltschaften sowie Ergebnisse parlamentarischer Anfragen auf Bundes- und Landesebene zugrunde.

*Quelle: http://www.proasyl.de 02.2015* ■

## Flüchtlingsrat Niedersachsen gegen Abschottungspolitik

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat die Länderinnenminister für ihre Abschreckungs- und Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen aus dem Kosovo scharf kritisiert. "Die Menschen dort sind in ihrer Existenz bedroht. Sie leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Viele, vor allem Kinder, sind unterernährt und frieren, weil es kein Brennholz gibt", sagte Geschäftsführer Kai Weber am Freitag in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Da sei es völlig illusorisch zu glauben, sie ließen sich zurückhalten von der Aussicht auf baldige Abschiebung oder überfüllte Aufnahmelager. „Die sagen sich, schlechter als hier kann es uns anderswo auch nicht ergehen", sagte Weber.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) und seine Kollegen aus den anderen Ländern hatten die Bundesbehörden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Menschen sich gar nicht erst auf den Weg machten. Die Menschen müssten per Internet oder Flugblätter darauf hingewiesen werden, dass sie keine Aussicht auf Asyl in Deutschland hätten und schnell zurückgeschickt würden. Armut sei kein Asylgrund. Die Innenminister forderten zudem eine beschleunigte Abwicklung der Asylverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Allein in den ersten 13 Februartagen seien bundesweit 19 000 Flüchtlinge aus dem Kosovo eingereist.

Er halte es für fragwürdig, die Menschen dort zurückhalten zu wollen, betonte Weber. Deutschland und Europa seien mitverantwortlich für die schlimme Krise in dem Balkanstaat. Immerhin habe auch Deutschland dort Krieg geführt und bis heute Truppen im Kosovo stationiert. Zudem habe Westeuropa es versäumt, mit entsprechenden Programmen die Wirtschaft zu stabilisieren. Möglicherweise sei aber das Kosovo aber auch als sehr kleiner Staat allein nicht überlebensfähig. Aber auch für die Grenzziehungen auf dem Balkan trage Westeuropa eine Mitverantwortung.

Auch sei es durchaus möglich, den jetzigen Flüchtlingen zu helfen. Man könnte etwa ausgebildeten Arbeitern befristete Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten anbieten. „Das hat in den 80er Jahren mit Tausenden Asylbewerbern aus Polen auch funktioniert. Dort hat sich die Lage dadurch sehr gut stabilisiert und heute ist Polen EU-Mitglied."

Während in Deutschland 2013 die Anerkennungsquoten zu den drei Westbalkanländern nur bei 0,0 bis 0,6% lagen, betrugen sie z.B. in Italien 37 – 67 % (vor allem humanitärer Schutz), in Frankreich 3 – 17 %, in Belgien 6 – 8%, in Österreich 10% (Serbien) und in Dänemark 20 % (Bosnien). "Da sind die Bewertungsmaßstäbe durchaus nicht überall gleich." (Quelle: EASO 2014, S. 46 f.)

Dass jetzt die Aufnahmelager überfüllt seien, führte Weber auch auf das stark bürokratische deutsche Asylsystem zurück. Es biete zwar allen ein Dach über dem Kopf und das sei auch gut so. Es weise aber Asylbewerber nach bestimmten Schlüsseln den Bundesländern, und dort den Aufnahmelagern und Kommunen zu. Dabei könnten viele Flüchtlinge etwa zu bereits im Land lebenden Verwandten oder Freunden ziehen. "Wenn zum Beispiel der Arzt in Delmenhorst sagt, er würde wohl seine Großmutter bei sich aufnehmen, dann wird ihm gesagt, dass sei nicht möglich. Die Großmutter müsse ins Aufnahmelager nach Horst in Mecklenburg-Vorpommern."

*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 16.02.2015* ■

## „Push Back Frontex! Gegen eine neue Dimension des Sterbenlassens auf See"

Klaus Rösler, Direktor der Abteilung „Einsatzangelegenheiten – Operations Division" von Frontex, wird am 25.02.2015 um 9.30 Uhr auf dem internationalen Polizeikongress in Berlin über europäische Grenzkontrollen sprechen. Das nehmen wir zum Anlass, um gegen die Politik des Sterbenlassens auf dem Meer, die Frontex im Namen der EU durchzusetzen versucht, zu demonstrieren. Die Kundgebung ist Auftakt einer Kampagne „Push back Frontex!", die von den unterzeichnenden Organisationen gestartet wurde.

In einem Brief vom 9.12.2014 fordert Klaus Rösler das Innenministerium, die Marine und die Küstenwache Italiens auf, die aktuelle Praxis der Seenotrettung von Bootsflüchtlingen einzustellen. Nach Ende der italienischen Marineoperation Mare Nostrum, die mehr als 120 000 Menschen das Leben rettete, und zu Beginn der Frontex-Operation Triton greift Rösler die Behörden in Rom dafür an, dass Schiffe nach wie vor die Anweisung erhalten, sich in „außerhalb des operativen Gebietes von Triton liegende Zonen" (also jenseits der 30 Meilen um die italienische Küste) zu begeben, um dort Booten in Seenot Hilfe zu leisten. Das „entspreche nicht dem operativen Plan" und nicht jedem SOS-Ruf sei zu folgen. „Klaus Rösler hat damit von höchster Stelle der EU-Grenzschutzagentur unmissverständlich dazu aufgerufen, Flüchtlinge und Migrant_innen in Seenot massenhaft sterben zu lassen", so Helmut Dietrich von der Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM). Während der vergangenen Monate hat das vor kurzem gegründete Watch the Med-Alarmtelefon für Migrant_innen Rettungsaktionen mehrerer Boote unterstützt, die sich genau in der Zone befanden, aus der gemäß Frontex keine Hilferufe mehr angenommen werden sollen. Conni Gunßer von einem der Teams der Hotline berichtet: „Wir waren in direktem Kontakt mit Bootsflüchtlingen, die nicht mehr am Leben wären, wenn Frontex' Politik des Sterbenlassens angewandt worden wäre".

Es ist der pure Hohn, wenn ausgerechnet Frontex Anfang Januar 2015 den „Schleusern" eine „neue Dimension der Grausamkeit" vorwirft, weil bei mehreren angeblich nicht mehr seetüchtigen „Geisterschiffen" die Crew verschwunden sei. Nach Recherchen von NDR-Reportern haben sich diese Behauptungen von Frontex inzwischen zumindest im Fall der „Blue Sky M" als bewusste Falschmeldungen erwiesen. Eine Veranlassung, seine Informationspolitik zu überdenken und die Falschbehauptungen zu korrigieren, sieht Frontex laut NDR-Interview nicht. Dies „zeigt, wie weit Europas Grenzschützer im propagandistischen Kampf gegen die ‚illegale Migration' gehen. Offensichtlich wollen sie die Verantwortung für den Tod vieler Flüchtlinge von sich weisen, die Schuld den Schleusern zuschieben". Klar ist: das Geschäft mit der illegalisierten Einreise und der tausendfache Tod auf See sind zu allererst Konsequenzen des EU-Grenzregimes. Beides könnte morgen Geschichte sein, wenn Flüchtlinge und MigrantInnen sich gewöhnliche Fähr- und Flugtickets kaufen und damit so sicher und kostengünstig wie Touristen reisen könnten. Solange diese Bewegungsfreiheit für alle nicht durchgesetzt ist, kann das Sterben auf dem Meer nur verhindert werden, wenn weiter überall, auch vor der libyschen Küste, Menschen in Seenot sofort gerettet werden! Unser Ziel ist ein euro-mediterraner Raum, der nicht von einem tödlichen Grenzregime geprägt ist, sondern von Solidarität und dem Recht auf Schutz und auf Bewegungsfreiheit. Wir fordern die sofortige Zurücknahme der mörderischen Frontex-Anordnung! Stoppen wir diese unmenschliche Politik, verteidigen wir die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen!

*Netzwerke Afrique-Europe-Interact, Borderline Europe, Welcome to Europe; FFM, Berlin; All Included, Amsterdam; Flüchtlingsrat Hamburg: Stiftung :do*
*Quelle: Pressemitteilung http://www.ffm.de 24.02.2015* ■

## Kongress „Respekt statt Ressentiments“

Der Kongress **Respekt statt Ressentiments – Menschenfeindlichen Ideologien entgegentreten** findet am Samstag, 25. April 2015 im Stadion Tivoli, Krefelder Straße 205, 52070 Aachen statt.

Anmeldungen unter www.dgb-bildungswerk-nrw.de/respekt

Gebt bitte unbedingt den Workshop an, an dem ihr teilnehmen möchtet.

Anmeldeschluss ist der 10. April 2015.

*www.Koeln-Bonn.dgb.de*

## Chronik neonazistischer und menschenverachtender Aktivitäten in Potsdam und Umgebung 2014

Das Antifaschistische Pressearchiv Potsdam (APAP) hat die Chronik neonazistischer und menschenverachtender Aktivitäten in Potsdam und Umgebung für das Jahr 2014 veröffentlicht. Die Chronik ist unter anderem auf der Website des APAP einzusehen.

Das APAP bietet eine Material- und Pressesammlung zu den Themen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus. Gesammelt werden Artikel und Materialien über neonazistische Aktivitäten im Raum Potsdam und des gesamte Bundeslandes Brandenburg. Es können Infos zu Angriffen und rassistischen Übergriffen, zu neonazistischer Propaganda und Schmierereien, rechten Demonstrationen sowie zu rechte Organisationen und Konzerte eingeholt werden.

Die vorliegende Chronik ist, verglichen mit den vorherigen Jahren, zusätzlich mit „menschenverachtend“ überschrieben. Rassistische, sexistische sowie diskriminierende Aus- und Vorfälle sind nun unter dem Begriff „menschenverachtend“ zusammengefasst. Dabei orientieren wir uns mit unserer Arbeit am Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Die Chronikeinträge sind demnach mitunter thematisch breiter als zuvor, was unter anderem damit zusammenhängt, dass nicht ausschließlich Umtriebe einer bestimmten Gruppe von Menschen (z.B. organisierte Neonazis) abgebildet werden sollen, sondern generell Aktivitäten, die diskriminierende und menschenverachtende Haltungen zum Ausdruck bringen. Im vergangenen Jahr zeigte sich besonders plastisch durch Veranstaltungen wie Montagsdemonstrationen und dem Phänomen PEGIDA, wie anschlussfähig menschenverachtende Positionen gesamtgesellschaftlich verankert sind.

Diese Chronik kann nicht als vollständiger Bericht für den angegebenen Zeitraum angesehen werden, da Betroffene von neonazistischer oder rassistischer Gewalt ihre Erfahrungen häufig aus Angst vor weiteren Übergriffen oder Schamgefühl durch die Zuweisung einer Opferrolle nicht äußern und sie somit nicht öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Chronik ist ein Versuch, ein möglichst vollständiges Bild menschenverachtender Aktivitäten im Raum Potsdam und Umgebung abzubilden. Dabei dienen zahlreiche Berichte aus der Lokalpresse, der Opferperspektive e.V., lokalen antifaschistischen Zusammenschlüssen und dem Antifaschistischen Pressearchiv Potsdam (APAP) als Datengrundlage. Es werden aber ebenfalls Aktionen und Berichte von Neonazis selbst dokumentiert.

### Kurzüberblick: Menschenverachtende Aktivitäten in Potsdam

Wie im Vorjahr wurden auch 2014 alternative Projekte organisiert angegriffen. In diesem Jahr wurden neben der Olga auch die Häuser in der Zeppelinstraße 25 und 26 mit Steinen beworfen, und im Nachgang Drohgebärden symbolisch hinterlegt.

Es bleibt auch 2014 nicht bei Angriffen auf Gebäude sondern kommt das ganze Jahr über zu mehrfachen tätlichen Angriffen auf Personen. Die meisten der Angriffe sind rassistisch motiviert. Wie in den letzten Jahren kommt es weiterhin zu vielfältigen Angriffen auf den als links geltenden Verein SV Babelsberg 03 sowie dessen Fans.

Die Neonaziszene um „Licht und Schatten“ (L&S) ist im Internet aktiv, jedoch verhielten sie sich wie auch 2013 mit konkreten Aktionen und offenen Auftritten, zumindest in Potsdam, bedeckt. Allerdings könnte es an dieser Stelle eine Wendung geben, da sie momentan thematisch gute Anknüpfungspunkte an Themen der rassistischen Demonstrationsbewegung um PEGIDA finden, an die sich beispielsweise das neu auftretende Label „Ein Licht für Deutschland“, welches ein Projekt der Neonazigruppierung „L&S“ ist, im Dezember in Dresden anschloss.

Auch die neu in den Landtag gewählte Alternative für Deutschland (AfD) folgt in ihrer Politik rassistischen Argumentationen – der Landeschef Gauland verteidigt im Dezember in einer Rede und in Interviews die PEGIDA-Demonstrationen.

*Antifaschistisches Pressearchiv Potsdam*
*http://apap.blogsport.eu*
*www.rechtesland.de/potsdam*

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

## Konflikte in der AfD halten an

Junge Freiheit Nr. 7/15 vom 6. Februar 2015

Das Blatt bangt um die Linie der AfD – und fürchtet um den Einfluss der deutschnationalen und ausländerfeindlichen Strömungen. Das Ergebnis des Bremer Parteitags der AfD ist zunächst, dass sich der Parteisprecher Bernd Lucke mit seinem Satzungsanliegen durchsetzen konnte, wenn auch knapp. 67,5 Prozent der anwesenden Mitglieder stimmten für eine Satzungsänderung, die zunächst eine Doppelspitze und ab Herbst dieses Jahres einen Vorsitzenden mit Geschäftsführer vorsieht. „Auch wenn Lucke sich mit seinen Vorstellungen auf ganzer Linie durchgesetzt hat – gewonnen ist für ihn durch die Entscheidungen vom Wochenende noch nichts, und für die Partei erst wenig. Lucke steht vielmehr vor der wohl größten Herausforderung seiner noch jungen Politikerkarriere. Er muss ab sofort nicht nur beweisen, dass er die AfD allein führen kann. Dabei muss er auch zeigen, dass er die gesamte Themenbreite seiner Partei vom wirtschaftsliberalen Flügel eines Hans-Olaf Henkel bis hin zu den Nationalkonservativen um Alexander Gauland mit Leidenschaft und Überzeugung in den Talkshows vertreten kann … Einer Illusion sollte sich Bernd Lucke aber nicht mehr hingeben: dass er in der AfD alternativlos ist. Frauke Petry hat mit ihren engagierten und doch kontrollierten Auftritten in Bremen gezeigt, dass sie jederzeit als Retterin in der Not die Führung der Partei übernehmen könnte. Zwar hat Petry wiederholt glaubhaft versichert, sie werde nicht gegen Lucke antreten. Doch dies gilt nach den Regeln des politischen Geschäfts nur, solange Lucke eine glückliche Hand beweist.“ Für das Blatt ist wichtig, dass die AfD sich nicht als eine rein wirtschaftsliberale Partei positioniert, sondern die nationalistischen Töne beibehalten bleiben – dann kann es seine Existenz weiter mit dieser Partei verbünden.

## Zur Spaltung von Pegida

Junge Freiheit Nr. 8/15 vom 13. Februar 2015

Die Spaltung von Pegida hat in Dresden zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der Demonstrationsteilnehmer geführt – am 9. Februar nahmen immerhin noch 2000 Leute an der Kundgebung teil, der sogenannte Abendspaziergang fiel aus, damit mehr Redner sprechen konnten: „Überraschend für viele: Lutz Bachmann, der eigentlich seinen Rückzug verkündet hatte, eröffnete und leitete die Veranstaltung. Gastrednerin Tatjana Festerling, ein früheres Hamburger AfD-Mitglied, das im vergangenen Jahr durch die Teilnahme an der sogeannnten Hogesa-Demonstration in Köln mit der Partei aneinandergeraten war, kritisierte in deutlichen Worten, wie die Oberbürgermeister von Städten wie Dresden, Leipzig, Düsseldorf und Köln versuchen, Pegida zu diffamieren und mit Verboten zu belegen.“ In der Ausgabe zuvor hatte das Blatt kommentiert, dass der „Zenit“ von Pegida überschritten wurde: „Pegida hat das Verdienst, Zehntausende Bürger auf die Straße gebracht und ermutigt zu haben, für die Meinungsfreiheit einzustehen. Pegida hat auf demokratiepolitische Defizite aufmerksam gemacht. Es hat gezeigt, wie einseitig und tendenziös Medien berichten. Und Pegida hat kenntlich gemacht, dass eine völlig fehlgesteuerte Asyl- und Ausländerpolitik von Bürgern nicht schweigend hingenommen wird. Zum Untergang verdammt ist jedoch, wer lediglich staubsaugerartig alle einsammelt, die irgendwie „gegen das System“ sind oder quasi „mit der Gesamtsituation nicht zufrieden sind“ (Bully Herbig) und sich als „Speaker’s Corner“ für alles und jeden degradiert. Diese Lehre hat offenbar auch rechtzeitig die AfD erkannt.“

## Das AfD-Ergebnis in HH befriedigt das Blatt nicht

Junge Freiheit Nr. 9/15 vom 20. Februar 2015

Auf der Pressekonferenz zum Ergebnis der Hamburger Wahl kam es zu einem offenen Konflikt zwischen Parteivorsitzendem Bernd Lucke und der sächsischen Landesvorsitzenden Frauke Petry. Sie erklärte, die AfD hätte mehr schaffen können, wenn die gesamte „thematische Breite der AfD von marktliberal bis konservativ“ im Wahlkampf besser vertreten gewesen wäre. Das Blatt kommentiert: „Die AfD blieb nur auf den ersten Blick unter ihren Möglichkeiten. Bis vor zwei Wochen überschattete nämlich das Bild der Partei ein in aller Öffentlichkeit mit gegenseitigen Beleidigungen ausgetragener Führungsstreit, der die AfD an die Grenze der Spaltung führte. Gift für jeden Wahlkampf. Erst zwei Wochen vor der Hamburg-Wahl wurde die Auseinandersetzung auf dem Bremer Bundesparteitag entschieden und bemühten sich die Kontrahenten, wieder Geschlossenheit herzustellen. Vor diesem Hintergrund sind 6,1 Prozent ein Erfolg und das erste westdeutsche Parlament ist erobert. Wähler schätzen nichts weniger als zerstrittene Parteien. Die Pressekonferenz nach der Wahl in Berlin zeigte, dass der Flügelkampf noch nicht gänzlich beigelegt ist und Wunden nicht geschlossen sind. Verwundern muss, dass im Hamburger Wahlkampf auf die Einladung von Frauke Petry, Alexander Gauland und Konrad Adam als Vertreter des konservativen Flügels – vor dem Hintergrund des Führungsstreites – offenbar demonstrativ verzichtet wurde. Für den um sein Gewicht besorgten liberalen Flügel ist es indes psychologisch wichtig, mit Hamburg eine „eigene Bastion“ errungen zu haben. Die AfD bespielt, wenn sie aus ihren Fehlern lernt, ein breiteres Feld politischer Positionen und setzt unterschiedliche Temperamente und Charaktere je nach Region und Bundesland lageangepasst ein. Dass in Hamburg die FDP an ihr vorbeizog, sollte die AfD als Warnschuss ansehen. Als Verteidigerin der Idee des Marktes muss es ihr aber Ansporn sein. Das bürgerliche Spektrum differenziert sich aus.“

*u.d.* ■

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370